



Dieter Thalhammer:

Mit vier PS durch Monte Carlo

Mit meisterhaften zwei Schlägen eröffnete Freising's Rathauschef in der Monegaschen Metropole das erstmals durchgeführte Oktoberfest. **Seite 10**



Gabriele Bauer:

Modernste Bibliotheks-Software für Rosenheim

Überzeugt ist die Oberbürgermeisterin vom neuen Programm „Bibliotheca.net“. Es garantiert einen schnellen und übersichtlichen Zugriff. **Seite 7**



Dr. Thomas Goppel:

„Die Herzen in Schwingung versetzen“

Im Rahmen des Bayerischen Musikschultags in München wurde der Wissenschaftsminister mit der Carl-Orff-Medaille ausgezeichnet. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 3. November 2005

56. Jahrgang / Nummer 21

Kommunale 2005 in Nürnberg:

Vitaler Marktplatz der Superlative

Gemeindefinanzen im Zentrum des Interesses

Mit einem deutlichen Plus bei Aussteller- und Besucherzahlen hat die Fachmesse Kommunale im Messezentrum Nürnberg ihre Pforten geschlossen. Über 4.800 Fachbesucher (2003: 4.258 Fachbesucher), überwiegend Bürgermeister und deren Mitarbeiter in Städten und Gemeinden, informierten sich zwei Tage lang bei 190 Ausstellern (2003: 164 Aussteller) über Produkte und Dienstleistungen für den kommunalen Bedarf. Unter dem Motto „Mut zur Zukunft - Bayerns Gemeinden wollen es packen“ veranstaltete der Bayerische Gemeindetag einen hochkarätigen Kongress zu aktuellen kommunalpolitischen Themen.

Schwerpunkt-Themen im Kongress waren: Interkommunale Zusammenarbeit, Entwicklung der kommunalen Finanzen, Neues bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz sowie Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts. Hochrangige Politiker wie Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu, Sozialministerin Christa Stewens, Umweltstaats-

sekretärin Emilia Müller, Landwirtschaftsminister Josef Miller und Finanzminister Prof. Kurt Faltthauer nahmen an der Kommunale teil.

Gewerbesteuer bleibt, bis Ersatz gefunden ist

Bayerns Finanzminister war es auch, der sich für den Erhalt

der Gewerbesteuer aussprach - „solange jedenfalls, bis wir im Einvernehmen mit den Kommunen und der Wirtschaft zu einem Ersatz kommen“.

Faltthauer der am Podium u. a. mit dem rheinland-pfälzischen SPD-Minister Gernot Mittler, Prof. Dr. Clemens Fuest (Stiftung Marktwirtschaft) und dem Vizepräsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Iphofens Bürgermeister Josef Mend, diskutierte, betrachtete mit Skepsis das Modell der Stiftung Marktwirtschaft zur Abschaffung der Gewerbesteuer. Dieses sieht vor, den Ge-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wohneigentumsquote in Bayern bei 49 %

Die Wohneigentumsquote in Bayern ist seit Ende der 60er Jahre von 41 % auf nunmehr 49 % beständig gestiegen. Trotz des engen Spielraums strebt die Staatsregierung noch eine weitere Erhöhung an. „Wir wollen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürgern ein eigenes Haus bauen oder kaufen können“, so Innenminister Dr. Günther Beckstein bei der Bundesversammlung des Deutschen Siedlerbunds in Bad Kissingen. Deshalb halte man an der direkten Förderung der Wohneigentumsbildung fest.

Die Wohneigentumsförderung im Bayerischen Wohnungsbauprogramm habe sich bewährt und soll fortgeführt werden. Seit diesem Jahr wird zudem ein neues, attraktives Zinsverbilligungsprogramm in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt angeboten. Beckstein dankte dem Deutschen Siedlerbund für sein kraftvolles Engagement zur Förderung des Siedlungs- und Eigenheimgedankens.



Messerungang während der Kommunale. Unser Bild zeigt (v. l.): Bgm. Anton Lang, Elchingen, schwäbischer Bezirksvorsitzender und Landesschatzmeister, Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu, Bgm. Albert Höchstätter, Barbing, Bezirksvorsitzender Oberpfalz (halb verdeckt), Staatssekretär Georg Schmid, Bgm. Franz Winter, Dürrwangen, Bezirksvorsitzender Mittelfranken, Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeister Rudolf Heiler, Grafing, Bezirksvorsitzender von Oberbayern und Bgm. Josef Mend, Iphofen, Mittelfranken.

Erster Bayerischer Kommunalgipfel

Neue Gesprächsplattform für enge Kooperation

Bayern wird sich bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin für die Kommunen stark machen. Das hat CSU-Chef Dr. Edmund Stoiber beim ersten Bayerischen Kommunalgipfel vor Vertretern der kommunalen Spitzenverbände angekündigt.

Der Kommunalgipfel soll künftig zu einer festen Einrichtung werden, bei dem aktuelle Fragen der Kommunalpolitik erörtert und Probleme gelöst werden. Stoiber: „Der Kommunalgipfel soll eine neue Gesprächsplattform für eine enge Zusammenarbeit von Kommunen, Bezirken und Staatsregierung sein. Wir brauchen ein Miteinander auf allen politischen Ebenen, denn nur gemeinsam können wir die Weichen so stellen, dass die Menschen in Bayern auch in Zukunft gute Chancen haben.“

Klare Linie für Koalitionsverhandlungen

Die Interessen der Kommunen will Stoiber auch als CSU-Parteivorsitzender wirksam in

die Koalitionsverhandlungen einbringen. Dabei gelten für ihn folgende Eckpunkte:

Interessenausgleich

1. Die Kommunen brauchen auch auf Bundesebene einen wirksamen Schutz vor finanziellen Belastungen, die sie nicht selbst verursacht haben. Bayern hat bereits die kommunalfreundlichste Regelung für das Konnexitätsprinzip unter allen Ländern vereinbart.

2. Die Kommunen haben ein Recht auf einen fairen Interessenausgleich bei Hartz IV. Die CSU wird sich dafür einsetzen, dass Hartz IV nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgegossen wird.

3. Eine Abschaffung der Gewerbesteuer steht nicht auf der Tagesordnung. Die Gemeinden brauchen auch in Zukunft eine eigene wirtschaftskraftbezogene Steuer. Das ist die Gewerbesteuer solange, bis im Einvernehmen und in enger Abstimmung mit den Kommunen eine

konkrete, durchgerechnete und belastbare Alternative entwickelt worden ist.

4. Im sozialen Bereich (z.B. Jugendhilfe) ist eine finanzielle Entlastung der Kommunen nötig. Deshalb werden wesentliche Forderungen des Kommunalen Entlastungsgesetzes (KEG), das im Bundestag bisher abgelehnt wurde, eingebracht.

Auch in wichtigen landespolitischen Bereichen wurden Lösungsansätze gefunden: So un-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Mit einer Replik auf die Bundestagswahlen 2005, Vorschlägen für die KPV-Bundesversammlung und der Privatisierung von Kfz-Zulassungsstellen befassten sich die Mitglieder von Landesvorstand und Hauptausschuß der Kommunalpolitischen Vereinigung. Als Referenten begrüßte Landesvorsitzender Luitpold Braun Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner und CSU-Generalsekretär Markus Söder. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung.



Im Rahmen des diesjährigen Landräteseminars empfing Bundespräsident Dr. Horst Köhler Bayerns Landräte in Berlin. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, sprach dabei die wichtigsten Anliegen der Landkreise an: Neuordnung der Gemeindefinanzen, ein Gesetz zur Kostenentlastung der Kommunen im Sozial- und Jugendhilfebereich sowie die Wiederaufnahme der Föderalismusdiskussion. Unser Bild zeigt Bundespräsident Dr. Horst Köhler (Bildmitte) gemeinsam mit dem Präsidenten und den Vizepräsidenten des Bayerischen Landkreistags, den Landräten Theo Zellner (rechts), Roland Schwing und Herbert Eckstein (links).



Wenn irgendwo aus der finanziellen Not die so oft beschworene Tugend gemacht wird, dann bei den Bibliotheken, meint die Vorzimmerperle. Als besonders interessant erscheint ihr hierbei die Idee der Buchpaten. Damit soll gerade bei „angesagten“ Büchern ein Anreiz geschaffen werden, diese vielen Mitbürgern zugänglich zu machen. **Seite 11**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kosten für Hartz IV sind unklar	2
VHBB-Mitgliederversammlung in Lauingen	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Wer entwickelt das LEP?	3
Neues Kommunalwahlrecht	3
Rechte und Pflichten kommunaler Aufsichtsräte	
Teil 2: Verschwiegenheitspflicht, Offenbarung, Haftung	4
GZ-Fachthemen:	
EDV - Kommunale 2005	5 - 7
Kommunaler Bau	8 - 10
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Volle Entlastung der Kommunen gefordert:

Kosten von Hartz IV sind unklar

Bund soll jährlich 2,5 Milliarden Euro zahlen

Der Bayerische Landtag erwartet von der neuen Bundesregierung, dass sie die noch von der alten in Aussicht gestellte, aber dann eingeschränkte Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden Euro jährlich bei der Umsetzung des Sozialgesetzbuchs (SGB) 11 in vollem Umfang in die Tat umsetzt. In der Begründung eines ohne Gegenstimmen akzeptierten CSU-Dringlichkeitsantrags heißt es, die bundesweite Kommunalerhebung habe insbesondere für das Programm Hartz IV (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) Zahlen über Be- und Entlastung der Kommunen erbracht, die zu den Berechnungen der Bundesregierung in deutlichem Widerspruch stehen.

Über den Bundesrat soll die Staatsregierung die Zurücknahme des von falschen Voraussetzungen ausgehenden Gesetzentwurfs erreichen. Nottfalls müsse die Länderkammer die Vorlage ablehnen.

Gravierende Rechenfehler

„Die Entlastung ist notwendig und muss bei den Kommunen ankommen,“ forderte Sozialministerin Christa Stewens im Landtagsplenum. Das dem Bundesrat vorliegende, durch den Regierungswechsel nicht der Diskontinuität verfallene Gesetz beruhe auf gravierenden Berechnungsfehlern. Laut Kommunalerhebung würde das statt Entlastung auf eine Mehrbelastung von etwa 11,4 Milliarden Euro hinauslaufen. Allerdings sei die Belastung der (großen) Städte und Landkreise sehr unterschiedlich. Statt die Erstattungsquote bei den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II von 29,1 % auf Null zu stellen, müsste der Bundeszuschuss auf 34,4% erhöht werden. Für die CSU betonte Joachim Unterländer, der stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses, es sei die gemeinsame Aufgabe aller drei Landtagsfraktionen die Kommunen zu unterstützen, damit das Konnexitätsprinzip wenigstens teilweise gewahrt werde.

Zahlen auf dem Tisch

Dem schlossen sich SPD und Grüne grundsätzlich an. Joachim Wahnschaffe (SPD), der Vorsitzende des Sozialausschusses, befand indessen, der Antrag sowie die Ausführungen der Ministerin und Unterländer seien diffus. Sie legten Zahlen auf den Tisch, „die keiner kennt und die angeblich vom Städtetag stammen“. Wahnschaffe erinnerte daran, dass die Union Hartz IV

gesetz. Doch auch bei den Ländern seien neue Berechnungen über ihre Leistungen an die Kommunen anzustellen. In Bayern müsse genau so das Konnexitätsprinzip eingehalten werden. Die Grünen setzten dem CSU-Antrag einen eigenen Dringlichkeitsantrag entgegen, der genau Forderungen für die Umsetzung dieses Prinzips im eigenen Land vorsah: „Keine Änderung des Finanzausgleichs ohne gegenseitiges Einvernehmen, keine Übertragung von Verwaltungsaufgaben ohne Vollkostenerstattung und Zurücknahme der Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich, keine Entlastung des Freistaats zu Lasten der Kommunen.“

Konnexitätsprinzip

Der CSU ging das zu weit, zumal das Konnexitätsprinzip von der Staatsregierung beachtet werde und der Finanzausgleich im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolge. Dem Grünen-Antrag stimmte die SPD zu, die sich andererseits beim CSU-Antrag der Stimme enthielt, während die Grünen Ja sagten. **rm**

2,5 Mrd. Euro Entlastung

Für die Grünen sagte Christine Kamm, die CSU renne bei den Grünen offene Türen ein. „Wir haben uns immer für die 2,5 Milliarden Entlastung eingesetzt.“ Auch Frau Kamm sprach von fehlenden realistischen Berechnungsunterlagen für das Bundes-

VHBB-Mitgliederversammlung in Lauingen:

Bewegte Zeiten, beunruhigende Aussichten

Im Bildungszentrum der Bayerischen Verwaltungsschule in Lauingen/Donau wurde die erste Mitgliederversammlung des Verbandes der höheren Verwaltungsbeamten in Bayern (VHBB) nach dessen 50jährigem Jubiläum im Jahr 2001 durchgeführt. Trotz der geographischen Randlage des Veranstaltungsorts fanden sich - insbesondere auch am Nachmittag zur Fortbildungsveranstaltung - über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein.

Wie 1. Vorsitzender Dr. Eugen Ehmann eingangs betonte, seien die vergangenen vier Jahre mit die bewegtesten in der Geschichte der Beamtenpolitik gewesen. Der Verband habe sich in der Mitgliederzahl stabilisiert, der prozentuale Anteil der Pensionisten nehme aber zu, was bei der restriktiven Einstellungspolitik der Staatsregierung niemanden verwundere.

Wesentliche Erfolge seien seit der jüngsten Mitgliederversammlung erzielt worden, erklärte Ehmann. Beispiel: Die Klage gegen die Regelung der Führungspositionen auf Zeit. „Die ganz wesentlich von unserem Verband über den Bayerischen Beamten-

bund initiierte Popularklage zum Bayerischen Verfassungsgerichtshofs hat bewirkt, dass die von der Staatsregierung gewählte Lösung für verfassungswidrig erklärt wurde“, so der Vorsitzende. Dies habe beträchtliche Wellen geschlagen.

„Erfolgreicher Widerstand“

Beispiel 2: Der Widerstand gegen die angeblich „wirkungsgleiche Übertragung“ der Kürzungen bei den gesetzlichen Altersrenten auf die Beamtenpensionen. Hier sei über den Bundesrat verhindert worden, dass sich Beamtinnen und Beamte im Ruhestand im Verhältnis wesentlich schlechter gestellt hätten als Rentnerinnen und Rentner. Beispiel 3: Die Forstreform in Bayern. Ehmann zufolge ist es richtig, dass das vom VHBB unterstützte Volksbegehren „äußerst unerwünschte und abzulehnende Neuerungen bedauerlicherweise nicht verhindern konnte“. Aber dieses formal gescheiterte Volksbegehren habe immerhin erreicht, dass das neue Waldgesetz

Erster Bayerischer ...

(Fortsetzung von Seite 1) terstützt Bayern die Gemeinden bei der Sanierung von stillgelegten Mülldeponien mit 25 Millionen Euro. Außerdem soll die Zuständigkeit für Leistungen an Ausländer, Aussiedler und Spät-aussiedler von den Bezirken auf die Landkreise und kreisfreien Städte verlagert werden. Dadurch entfällt der erhebliche Verwaltungsaufwand für die Verrechnung von Leistungen. Stoiber kündigte an, dass der Kommunalgipfel künftig regelmäßig zweimal im Jahr stattfinden soll. Außerdem soll der Dialog erweitert werden: Im nächsten wird es zwei Kommunalforen geben, bei denen Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister mit Mitgliedern der Staatsregierung über aktuelle Fragen diskutieren. **z**



Sylvia Stierstorfer.

Erfolg für Stierstorfer

„Ich freue mich, dass der Landtag dem von mir initiierten Dringlichkeitsantrag zur Entlastung der Kommunen zugestimmt hat“, sagte die CSU-Landtagsabgeordnete Sylvia Stierstorfer im Maximilianeum. Im Antrag der CSU-Fraktion wird die Staatsregierung aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die gesetzlich garantierte Entlastung der Kommunen um bundesweit 2,5 Mrd. Euro durch Hartz IV tatsächlich sichergestellt wird. Außerdem soll die Staatsregierung darauf hinwirken, dass der Gesetzentwurf des Bundeskabinetts zur Absenkung der Erstattungsquote bezüglich der Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem Sozialgesetzbuch II von 29,1 Prozent auf Null zurückgezogen bzw. abgelehnt wird. **z**

348 Millionen für den Schulausbau

658 bewilligte Förderanträge

Opposition schließt sich kommunaler Kritik an

Für die Neuausrüstung bzw. für den Ausbau der öffentlichen Schulen in kommunaler Trägerschaft - von der Volksschule bis zum Gymnasium G 8 - stehen 2004/2005 in Bayern 348,1 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel zur Verfügung. Damit wird 658 Förderanträgen entsprochen, die von den Bezirksregierungen geprüft wurden. Aus dem Bundes-Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung (IZBB) fließen 334,3 Millionen Euro, die je nach Baufortschritt abgerufen werden können. Der Freistaat gibt 13,8 Millionen Euro als zehnpromzentigen IZBB-Anteil und in Erfüllung des Konnexitätsprinzips.

Das hat die bayerische Kultusministerin dem SPD-Bildungsexperten im Landtag, Hans-Ulrich Pfaffmann, auf eine Schriftliche Anfrage mitgeteilt. Seine Frage, wie viel Geld aus Konnexitätsgründen bewilligt wurde, konnte das Ministerium nicht beantworten. Eine spezifische Antragssumme nach diesem Prinzip zu nennen, sei nicht möglich. Die Antragsprüfung bei den Regierungen habe sich auf den Vollkostenersatz bezogen und stehe nicht in direktem Zusammenhang mit den zuwendungs-fähigen Kosten nach dem Bundesprogramm IZBB. Das Ministerium stellte in Aussicht, rückwirkend wurden noch für 2004 Anträge auf Kostenausgleich im Rahmen der Konnexität für Versorgungsküchen, Speise- und Aufenthaltsräume der G 8-Gymnasien erwartet und bearbeitet.

Für Pfaffmann ist die Antwort unbefriedigend. Zum einen hätten die 658 Anträge ein Fördervolumen von 537,6 Millionen Euro gehabt, das bei den Bezirksregierungen auf 372,9 Millionen Euro zusammengestrichen wurde, indem bestimmte Details aus den Förderanträgen als unnötig erachtet wurden. Zum anderen sei das Konnexitätsprinzip bei den Landesmitteln nicht voll erfüllt worden. In seiner Kritik stützt sich der SPD-Bildungsexperte auf die Proteste aus den kommunalen Spitzenverbänden. Er begrüßte insbesondere die Ankündigung des Städtetagspräsidenten Hans Schaidinger, den Freistaat notfalls auf volle Erstattung der Kosten im Sinne des verfassungsmäßigen Konnexitätsprinzips zu verklagen (s. GZ 20/20.10.). Pfaffmann will zunächst mit einer weiteren Anfrage beim Ministerium nachstoßen. **rm**

sungen, mit denen ein Aufstieg bisher verbunden ist, sind dabei nicht mehr vorgesehen. Zählen soll allein die von den Vorgesetzten attestierte „Leistung“. Was sich hier an auch politisch motivierten Manipulationsmöglichkeiten eröffne, liege auf der Hand, so Ehmann: „Und die böse Erfahrung zeigt, dass Möglichkeiten der Manipulation irgendwann auch Realitäten der Manipulation werden.“

Anrechnung der Ausbildungszeiten

Ein weiterer Punkt, der für den höheren Dienst von weitaus größerer Bedeutung ist als für die anderen Laufbahngruppen, ist die Anrechnung der Ausbildungszeiten auf die dienstverpflichtenden Dienstzeiten. Tatsache ist laut Ehmann, dass ein Beamter des höheren Dienstes typischerweise auf eigene Kosten und eigenes Risiko ein Universitätsstudium absolviert, um dann zu sehen, ob er in den Staatsdienst gelangen kann oder nicht. Die Beamten der anderen Laufbahngruppen würden dagegen bereits mit Beginn ihrer Ausbildung in ein Beamtenverhältnis berufen und absolvierten die Ausbildung nicht nur mit einer faktischen Übernahmegarantie für den Fall, dass sie die Prüfung am Ende (gleich mit welchem Ergebnis) bestehen. Vielmehr erhielten sie auch noch in nennenswertem Umfang Ausbildungsbezüge. Zu dieser Situation passe es nicht, „wenn diese Zeiten dann als Dienstzeiten angerechnet werden sollen, die Zeiten unseres Studiums dagegen nicht“.

Beamtenrecht

Bei den ins Auge gefassten Änderungen des Beamtenrechts stoße seinem Verband besonders auf, dass das Laufbahngruppenprinzip angetastet wird. Im Klartext: Künftig soll jemand, der beispielsweise im mittleren Dienst ins Beamtenverhältnis eintritt, eine relativ große Chance haben, bis in den höheren Dienst aufsteigen zu können. Prüfungen und ähnliche zumindest halbwegs objektive Mes-

Im Rahmen der sich anschließenden Fortbildungsveranstaltung „Reform der Verwaltung oder Verwaltung der Reform - Bestandaufnahme und Perspektiven“ schilderte der Vorstand der Bayerischen Verwaltungsschule, Dr. Josef Ziegler, in einem kritischen Beitrag die Lage des Lehrinstituts. Besonders betroffen zeigte er sich von der Einstellungspolitik der öffentlichen Hand, zunehmend Quereinsteiger ohne solide Ausbildung zu übernehmen und kritisierte das zu wenig ausgeprägte betriebswirtschaftliche Denken bei Fragen zur Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen.

Der Festredner, Markus Graßmann von der Firma IMAKA, hielt der Politik in einem erfrischenden Vortrag schonungslos „den Spiegel vor“. Letztlich sei bisher statt der großen Schlagworte (Verwaltungsreform, E-Government, Kosten-/Leistungsrechnung / KLR) nichts anderes heraus gekommen als: „Personal einsparen und nochmals sparen, Kosten senken.“ Der notwendige große Wurf einer Strukturreform stehe dagegen noch immer aus, so Graßmann.

Mit einem kulturellen Leckerbissen endete die Veranstaltung: Mehr als 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besichtigten die archäologischen Ausgrabungen aus der Römerzeit im Ortsteil Faimingen. Der frühere Bürgermeister von Lauingen, Dr. Georg Barfuß, erläuterte fachkundig die Ausgrabungen, die Bedeutung Lauingens in der Römerzeit und berichtete über die Schwierigkeiten, derartige historische Funde zu sichern. **DK**



Der neu gewählte VHBB-Vorstand (v. l.): Paul Auer, Hans Kornprobst, Dr. Wolfgang Wigand, Norbert Knobloch, Dr. Eugen Ehmann, Rudolf Rast, Ilse Schedl, Harald Mohr, Johannes Eisen- traud und Wolfgang Karl Göhner. **z**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Jobst
93180 Deuerling
am 16.11.

Bürgermeister
Herbert Schneider
97776 Eußenheim
am 17.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Friedrich Funk
91282 Betzenstein
am 15.11.

Bürgermeister Heinz Burges
95369 Untersteinach
am 17.11.

Bürgermeister Matthäus Maier
84558 Tyrlaching
am 21.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Neun
94140 Ering
am 13.11.

Bürgermeister
Robert Ruttmann
86684 Holzheim
am 15.11.

Bürgermeister
Franz Stellingner
86845 Großaitingen
am 17.11.

Bürgermeister Max Meindl
94239 Gotteszell
am 19.11.

Bürgermeister
Engelbert Schädler
88167 Röthenbach i. Allgäu
am 20.11.

Bürgermeister
Eugen Gegenfurtner
94505 Bernried
am 21.11.

Bürgermeister
Siegfried Decker
95339 Neuenmarkt
am 21.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Rupert Popp
85391 Leonhardsbuch
am 9.11.

Bürgermeister
Korbinian Steigenberger
82407 Wielenbach
am 16.11.

Bürgermeister
Michael Schaller
94269 Rinchnach
am 18.11.

Bürgermeister
Ludwig Aulbach
97901 Altenbuch
am 19.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerald Brehm
91315 Höchstädt a. d. Aisch
am 15.11.



Von links: Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, Eva Szameitat, Vorsitzende des VBSM, Kultusminister Siegfried Schneider, Landrat Hanns Dorfner, VBSM-Präsident. Foto: VBSM

Bayerischer Musikschultag in München:

„Die Herzen in Schwingung versetzen“

Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel mit Carl-Orff-Medaille ausgezeichnet

Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von allgemein bildenden Schulen und Musikschulen hat Kultusminister Siegfried Schneider auf dem 28. Bayerischen Musikschultag in München gefordert. Mehr als 300 Gäste aus Politik, Bildung und Kultur nahmen am Festakt im Alten Rathaus in München teil. Eingebettet in den Bayerischen Musikschultag war das 175-jährige Jubiläum der Städtischen Sing- und Musikschule München.

Trotz langer Tradition habe die Schüler zu entwickeln, so München Sing- und Musikschule, so Oberbürgermeister Christian Ude in seiner Begrüßung, den Blick auf die Herausforderungen der Zeit nie verloren. Der für die bayerischen Musikschulen zuständige Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel wurde von Landrat

besiegelt und diese dann unter der Beteiligung von Wissenschaftsministerium und Schulministerium sowie dem Bayerischen Blasmusikverband ausgeweitet. Die Kooperationsvereinbarung sei ein „wichtiger Meilenstein für die Entwicklung der musikalischen Bildung in Bayern“, bekräftigte Dorfner.

Freunde und Partner

„Ein gutes Quartett hängt auch davon ab, dass der zweite Geiger nie krank wird“, kommentierte Goppel seinen Beitrag zum gemeinschaftlichen Tun von Ministerien und Musikverbänden. In der heutigen Zeit komme es darauf an, Freunde und Partner für die eigene Sache zu begeistern und sie „von der Notwendigkeit zu überzeugen, in Menschen zu investieren, die mit ihren Begabungen und Fähigkeiten dafür sorgen, dass unsere Herzen in Schwingung versetzt werden“. Das Herz des Menschen zu berühren, könne nur die Musik leisten: „Die Musik kann - sobald wir die Stimme erheben oder ein Instrument erklingen lassen - der Seele ein paar Töne abgewinnen, die es lohnen, auch morgen weiter zu machen“, erklärte Goppel. Ganz im Sinne des Singens und Musizierens verstehe er sodann die Ehrung durch die Carl-Orff-Medaille: ein Motor für das Vorantreiben der Musikschularbeit in Bayern.

Weltweite Verständigung

Aus Anlass des 175-jährigen Jubiläums der Städtischen Sing- und Musikschule München wies Oberbürgermeister Christian Ude schließlich auf die Erfolge und Leistungen der Musikschularbeit in der Landeshauptstadt mit ihren 9.000 Musikschülern. Ude forderte die Musikschulvertreter auf, den jungen Menschen in Zukunft noch viel stärker zu vermitteln, wie modern Musik in einer globalisierten Welt ist: „Musik wird als einzige weltweite Verständigung auf höchstem Niveau an Bedeutung gewinnen“, urteilte Ude. Musikschulen müssten um die jungen Leute werben. Den jungen Menschen müsse bewusst werden, dass es heutzutage modern ist, sich auszudrücken und entfalten zu können.

Musikschulen seien weder alterwürdige Einrichtungen noch ein Auslaufmodell. „Sie sind vielmehr eine Initiative“, bemerkte Ude, „die auf viele Herausforderungen der Zukunft bereits die richtige pädagogische Antwort gefunden haben.“ DK

Anzeigen in der



Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Hanns Dorfner, Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen (VBSM), für seine besonderen Verdienste um die bayerischen Musikschulen mit der Carl-Orff-Medaille ausgezeichnet. Landrat Dorfner hob die maßgebliche Beteiligung des Wissenschaftsministeriums für die Kooperationsvereinbarung zwischen Schule, Musikschule und Blasmusik hervor.

Kooperationsvereinbarung

„Schule und Musikschule haben schon immer voneinander profitiert“, betonte Kultusminister Siegfried Schneider. Deshalb müsse die Zusammenarbeit auch in Zukunft verstärkt werden. „Mit unserer Kooperationsvereinbarung sowohl mit den Sing- und Musikschulen als auch mit dem Bayerischen Musikrat haben wir diese Zusammenarbeit auf eine gute Basis gestellt“, erklärte Schneider.

Bildungspolitik setze ganzheitliches Handeln voraus: „Ohne die Berücksichtigung von Musik und musisch-ästhetischer Bildung würden wir unseren Auftrag nicht richtig erkannt haben.“ Im Klartext: Viele Unterrichtsfächer vermittelten Wissen und Können. Artikel 131 der Bayerischen Verfassung fordere aber auch jene Fächer, die Herz und Charakter bilden. Hervorragend eigneten sich die musisch-ästhetischen Unterrichtsfächer, Schlüsselqualifikationen bei den

wir in jedem Stadium unseres Lebens brauchen.“ Besonders junge Menschen könnten sie mit ins berufliche Leben einbringen.

Orientierung am Machbaren

Dass aber bei aller fachlichen Notwendigkeit die Bildungspolitik ein schwieriges Geschäft in diesen Zeiten bleibt, verheimlichte der Kultusminister ebenso wenig. Es fehle schlichtweg das Geld für wichtige Investitionen in die Bildung, insbesondere in die musische Bildung. So stünde sein Einsatz für die musikalische Bildung immer im Widerspruch von Wünschenswertem und Machbarem.

Sich weiterhin für die Sing- und Musikschulen in besonderem Maße einzusetzen, versicherte auch Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, der mit der höchsten Auszeichnung des bayerischen Musikschulverbandes geehrt wurde. Die Carl-Orff-Medaille überreichte VBSM-Präsident Landrat Hanns Dorfner. Er dankte in seiner Laudatio Goppel für sein langjähriges und großes Engagement für die Musik in Bayern: „Aus dem Anliegen wurde eine innere Überzeugung“, sagte Dorfner. So habe der Geehrte bereits vor zwei Jahren in seinem Amt als Präsident des Musikbundes von Ober- und Niederbayern den Schulterschluss mit den Musikschulen in Form einer Kooperationsverein-



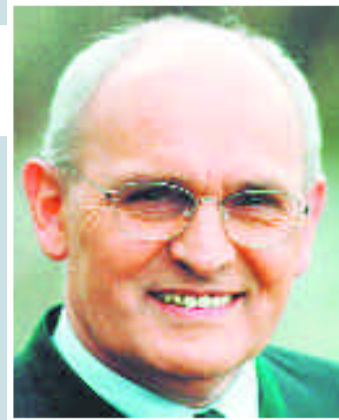
Kolumne Hanns Dorfner

Liebe Leser

Das Lanaesentwicklungsprogramm (LEP) wird (wieder einmal) fortgeschrieben. Derzeit läuft das Beteiligungsverfahren bei den Kommunen.

Wir sollten uns bei dieser Fortschreibung des LEP keinesfalls in einem Gefühl der Gleichgültigkeit der Auffassung hingeben, dass eben diese Fortschreibung wohl nicht viel bringt, aber auch nicht viel schadet und von daher die aufmerksame Lektüre der geplanten Veränderungen eher als Beschäftigungstherapie für Politik und Verwaltung anzusehen ist, nicht aber als absolutes Pflichtprogramm.

Diese Fortschreibung enthält nämlich eine Reihe von Fallstricken, über die man durchaus stolpern könnte. So ist neben einer Straffung des LEP erstmals die Unterscheidung der Festlegungen in „Ziele“ und „Grundsätze“ der Raumordnung vorgesehen. Dabei sind Ziele als verbindliche Vorgaben zu verstehen, die eine



im künftigen LEP als Grundsatz (!) nur lapidar festgestellt wird, „die Anpassung an die durch die EU-Osterweiterung veränderten Marktbedingungen der Unternehmen in den an die tschechische Republik angrenzenden Regionen ist möglichst zu erleichtern“, so fällt das eher unter die Rubrik Lippenbekenntnisse und stellt keine aktive politische Zielsetzung dar.

Eine zentrale Forderung des ländlichen Raums wird weiterhin negiert: Einzelhandels-

großprojekte sind nach wie vor mit verbindlicher Wirkung (Ziel!) in Unterzentren und zentralen Orten höherer Stufe (sowie in Siedlungsschwerpunkten) vorgesehen. Unter dem Deckmantel der Funktionsfähigkeit der zentralen Orte soll auch künftig am komplizierten und letztlich für niemanden zu durchschauenden Berechnungsmodus von Abschöpfungsquoten festgehalten werden. Dies ist keine Fortentwicklung des Landesentwicklungsprogramms, sondern absoluter Stillstand. Wenn als eine der Leitlinien für die geplante Fortschreibung an der Priorisierung des ländlichen Raums festgehalten wird, so sollte man in München im Rahmen dieser Fortschreibung rasch zu der Erkenntnis gelangen, dass „Einzelhandelsgroßprojekte“ eben nicht vorliegen, wenn im ländlichen Raum - auch in einem nicht zentralen Ort lediglich ein bedarfsnotwendiger Einkaufsmarkt mit 1.000 m² oder 1.200 m² Verkaufsfläche geschaffen und damit der Bevölkerung die Möglichkeit eröffnet wird, in Zukunft leistungs- und existenzfähige Geschäfte - (umweltschonend ja durchaus erwünscht) vor der Haustür zu haben.

Dafür bedarf es dann im übrigen auch keiner umfangreichen Vorschriften bezüglich der Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Es ist vor diesem Hintergrund jedenfalls dringend geboten, für diese Fälle im LEP eine Abwägungsmöglichkeit vorzusehen und die bisherige inakzeptable Verbotswirkung endlich aufzugeben.

Die aktuell laufende Fortschreibung des LEP sollte daher von den Kommunen genutzt werden, sich mit den geplanten Änderungen intensiv zu befassen und die notwendigen Forderungen und Vorschläge einzubringen. Das LEP sollte nämlich nicht nur fortgeschrieben sondern auch fortentwickelt werden.

Wer entwickelt das LEP?

strikte, nicht durch Abwägung überwindbare Beachtungspflicht auslösen, während Grundsätze allgemeine Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums enthalten und lediglich Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen darstellen.

Gerade diese Unterscheidung ist aus meiner Sicht bedenklich und ich halte es daher für notwendig auf „Ziele“ dieser Art überhaupt zu verzichten, weil sie letztlich keinerlei Abwägung ermöglichen und fortan jeglichen Entscheidungsspielraum ausschließen. Insoweit greifen solchermaßen formulierte Vorgaben in eklatanter und nicht himmelbarer Weise in die kommunale Selbstverwaltung ein.

Deutlich wird die nicht nachvollziehbare neue Unterscheidung u.a. auch am Beispiel des Bereichs Bildungs- und Erziehungswesen, wozu Grundsätze als „Grundsatz“ lediglich anzustreben sind und dies ohnehin nur in zentralen Orten. Gerade den unseren Kommunen so wichtigen Grundschulen wird damit eine beinahe nebensächliche Wertigkeit beigegeben. Die wiederholte Verwendung des einschränkenden Begriffes „möglichst“ öffnet einer weiteren Reduzierung selbst dieses Standards zusätzlich Tür und Tor.

Oder ein anderes Beispiel: Wenn auf die immensen Probleme der Wirtschaft an den Nahtstellen zu den neuen Märkten im Osten (Stichwort: Fördergefälle, Lohnkostenunterschiede)

Neues Kommunalwahlrecht

Wahltermine bündeln, Bürokratie abbauen und Interessenkonflikte beseitigen“

Das Kabinetts hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes beschlossen, der nun den kommunalen Spitzenverbänden zur Anhörung zugeleitet und anschließend dem Ministerrat zur abschließenden Beschlussfassung erneut vorgelegt wird.

Innenminister Dr. Günther Beckstein betonte, dass aufgrund der Erfahrungen der letzten Gemeinde- und Landkreiswahlen sowie der zwischenzeitlichen Änderungen im Bundes- und Landeswahlrecht Anpassungen geboten. Als Beispiel nannte Beckstein die weitere Harmonisierung der Termine von Bürgermeister- und Landratswahlen mit Gemeinderats- und Kreistagswahlen. Beckstein: „Mit der kompakten Bündelung der Wahltermine wollen wir der zunehmenden Wahlmüdigkeit vorbeugen und zugleich die Kommunen von vermeidbaren Kosten entlasten.“ Das Gesetz soll möglichst frühzeitig vor den nächsten allgemeinen Kommunalwahlen im März 2008 in Kraft treten.

Der neue Gesetzentwurf hat folgende Eckpunkte:

• Künftig sollen Bewerber um ein kommunales Mandat, Beauftragte für Wahlvorschläge und deren Stellvertretung wie im Landeswahlrecht nicht mehr Wahlorgan sein oder einem Wahlorgan - wie Wahlausschuss oder Wahlvorstand - angehören dürfen. Dadurch wird laut Beck-

stein verhindert, dass es zu Interessenkonflikten kommt.

• Wahlleiter soll bei Gemeinde- bzw. Landkreiswahlen künftig nicht mehr automatisch der Bürgermeister oder der Landrat sein, Gemeinderat und Kreistag sollen ein Auswahlermessen haben.

• Staatliche und kommunale Behörden in Bayern sollen künftig - ähnlich wie im Landeswahlrecht - auf Ersuchen der Gemeinde verpflichtet werden, aus dem Kreis ihrer Bediensteten wahlberechtigte Personen zu benennen, die im Gebiet der ersuchenden Gemeinde wohnen, damit diese als Mitglieder der Wahl- bzw. Briefwahlvorstände berufen werden können.

• Die öffentliche Auslegung des Wählerverzeichnisses wird durch ein Recht zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis ersetzt. Die Bürger dürfen eigene Daten überprüfen, die Daten anderer aber nur, bei besonderen Gründen.

• Der Gesetzentwurf sieht außerdem eine weitere Harmonisierung der Termine von Bürgermeister- und Landratswahlen mit Gemeinderats- und Kreistagswahlen vor. In den Fällen, in denen der berufsmäßige Bürger-

meister oder der Landrat während der Wahlzeit des Gemeinderats oder Kreistags ausscheidet, soll dort künftig - wie bereits bei ehrenamtlichen Bürgermeistern - eine Neuwahl grundsätzlich nur noch für den Rest der Wahlzeit des Gemeinderats bzw. Kreistags erfolgen. Es sei denn, die verbleibende Amtszeit würde dann weniger als 4 Jahre betragen. Außerdem soll künftig die Amtszeit von berufsmäßigen und ehrenamtlichen Bürgermeistern sowie von Landräten, die innerhalb der letzten beiden Jahre der Wahlzeit des Gemeinderats oder des Kreistags beginnt, erst mit dem Ablauf der folgenden Wahlzeit des Gemeinderats oder Kreistags enden. Die Regelung führt dazu, dass die Amtszeit in diesen Fällen maximal 8 Jahre beträgt. Bürgermeister- und Landratswahlen, die nicht mit Gemeinderats- und Kreistagswahlen zusammen fallen, können ferner künftig in einem Zeitraum von 6 Monaten vor Ablauf der Amtszeit mit anderen Wahlen oder Abstimmungen zusammengelegt werden.

• Das bisherige Verbot der gleichzeitigen Zugehörigkeit von Ehegatten, Eltern und Kindern sowie Geschwistern zum Gemeinderat in Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnern soll aufgehoben werden. ☺

Rechte und Pflichten kommunaler Aufsichtsräte

Teil 2: Verschwiegenheitspflicht, Offenbarung, Haftung

Von Herbert Reiss, Geschäftsführender Partner, Deloitte & Touche GmbH und Prof. Dr. Thomas Edenhofer, Partner, Deloitte & Touche GmbH

Das Unternehmensinteresse verlangt, dass Geheimnisse und vertrauliche Angaben nicht in unbefugte Hände gelangen. Darüber hinaus ist die Überwachungsaufgabe nur dann wirkungsvoll wahrzunehmen, wenn über die Probleme und Planungen des Unternehmens im Aufsichtsrat offen und ehrlich berichtet und diskutiert wird. Vorstand und AR-Mitglieder müssen sich darauf verlassen können, dass geheime und vertrauliche Informationen im AR bleiben. Deshalb sind die AR-Mitglieder verpflichtet, über vertrauliche Angaben und Geheimnisse (namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) Stillschweigen zu wahren, soweit sie ihnen durch ihre Tätigkeit im AR bekannt geworden sind.

Der Verstoß löst Unterlassungs- und Regressansprüche aus. Wegen ihrer grundlegenden Bedeutung ist die Verschwiegenheit darüber hinaus auch strafrechtlich geschützt, es drohen Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

Die Verschwiegenheitspflicht des AR-Mitgliedes ist im Gesetz abschließend geregelt. Sie kann weder durch Satzung, Geschäftsordnung oder Vertrag gemildert oder verschärft werden. Die Pflicht beginnt mit dem Amt. Sie dauert aber im Unternehmensinteresse und aus Gründen der Rechtssicherheit über das Amts-

Aufsichtsrats hinsichtlich der ihnen aus den Berichten bekannten Geheimnisse und vertraulichen Angaben zur Verschwiegenheit. Diese Informationen dürfen auch bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen nicht bekannt gemacht werden (§ 395 Abs. 2 AktG).

Zankapfel Fraktionen

Zankapfel sind immer wieder die Fraktionen. Die Fraktionen wirken an der politischen Willensbildung mit. Sie sind das Bindeglied zwischen Partei und Rat. Gerade die Fraktionen, die in einer Gemeindevertretung in der Minderheit sind, fordern oftmals die Vorlage von Berichten. Es fehlt hierzu jedoch an einer grundsätzlichen gesetzlichen Regelung. In keiner Gemeindeordnung sind die Fraktionen als Berichtsadressat genannt. Auch durch die aktienrechtliche Regelung ist die Weitergabe der Informationen an die Fraktionen nicht gedeckt. Die Fraktionen haben damit keinen Anspruch darauf, dass Ihnen von der Verwaltung Unterlagen für ihre Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellt werden.

Es bleibt dabei: Die Verschwiegenheitspflicht für die Berichterstattung der AR-Mitglieder an die Kommune ist nur insoweit aufzuheben, als es für die Kommunale Berichterstattung unerlässlich ist.

Rechte des Aufsichtsratsmitgliedes

Jedes AR-Mitglied hat für seine Aufgabe, die Unternehmensführung zu überwachen ein Teil-

nahmerecht für die Sitzungen des Aufsichtsrates und das Recht auf Kenntnisnahme der Beratungsunterlagen. Es gilt dabei die Einhaltung allgemeiner Sorgfaltsmaßstäbe durch die Geschäftsführung und die Ordnungsmäßigkeit des Führungsinstrumentariums der Geschäftsführung zu beurteilen.

Ein Hilfsmittel für den Aufsichtsrat ist dabei der jährliche Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers gemäß § 53 HGrG, da dort die Aussagen zur Aufbau- und Ablauforganisation, zu Investitionsentscheidungen, zu verlustreichen Geschäften und zum Risikomanagementsystem getroffen werden.

Kennzeichnend für die Überwachung ist zum einen, dass der Aufsichtsrat in das Unternehmensgeschehen selbst nicht eingreift. Er hat sich über die Tätigkeit der Geschäftsführung, ihre Geschäftspolitik und die Entwicklung des Unternehmens auf dem Laufenden zu halten. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass sich der Aufsichtsrat bei der Überwachung der Geschäftspolitik und der Entwicklung des Unternehmens mit dem vorhandenen Planungs- und Kontrollsystem befassen muss, da dieses die strategischen Ziele umsetzt sowie die betrieblichen Funktionen und Geschäftsbereiche koordiniert. Außerdem ist der Aufsichtsrat auch gestaltend tätig: Wenn er den Vorstand/Geschäftsführer bestellt oder abberuft, ihre Besoldung, ihre Dienstverträge oder die Geschäftsverteilung regelt, wenn er über zustimmungspflichtige Geschäfte oder die Feststellung des Jahresabschlusses mit entscheidet, dann gestaltet er das Unternehmensgeschehen.

Haftung des Aufsichtsrates

Wenn die Gesellschafter den Aufsichtsrat entlasten, bewirkt das nur dann einen Anspruchsverzicht, wenn die Gesellschafter bei der Beschlussfassung über die Entlastung von wesentlichen

Umständen Kenntnis hatten.

Ein Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft haftet persönlich mit seinem Vermögen für den dem Unternehmen durch eine Amtspflichtverletzung entstandenen Schaden. Den Regress geltend zu machen, ist grundsätzlich Sache des Vorstands bzw. der Geschäftsführung. Der Vorstand bzw. die Geschäftsführung muss zur Begründung der Klage nicht nur eine eigene Pflichtverletzung aufdecken, sondern auch dartun, dass diese durch mangelnde Überwachung des Aufsichtsrates verschuldet worden ist. Sie müssen also Überwachungsmängel ihres Kontrollorgans aufdecken. Kein Vorstand oder Geschäftsführer wird dies gerne tun. Die weitaus meisten Regressklagen werden deshalb von Insolvenzverwaltern erhoben, die keine Rücksichten zu nehmen brauchen und ihre eigene Haftung nach Konkursordnung vermeiden möchten. Die Pflichtverletzungen verjähren nach fünf Jahren. Die Frist beginnt mit der Entstehung des Anspruchs.

Freistellungsanspruch

Nach den jeweiligen Bestimmungen der Gemeindeordnung haftet für die Vertreter der Kommune bei einfacher Fahrlässigkeit die Kommune (Freistellungsanspruch des Aufsichtsratsmitgliedes gegenüber der Gemeinde); für grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz bleibt die Haftung durch den Aufsichtsrat bestehen. Mit dem Abschluss einer D&O-Versicherung (Directors Officers Liability Insurance) durch die Gesellschaft, bei der das Unternehmensinteresse im Vordergrund steht, können die persönlichen Haftungsrisiken von Geschäftsführern und Aufsichtsräten abgedeckt werden. Versichert ist dabei das Risiko der Unternehmensleiter, für Schäden zu haften, die durch ihr betriebliches Handeln entstehen können.

Wer als Aufsichtsrat die Verhältnisse der Gesellschaft in Darstellung und Übersichten wiedergibt oder verschleiert und in Aufklärungen oder Nachweisen, die einem Prüfer zu geben sind, falsche Angaben macht oder die Verhältnisse der Gesellschaft unrichtig wiedergibt oder verschleiert wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe belegt. ☞

Vitaler Marktplatz der ...

(Fortsetzung von Seite 1) meinden im Gegenzug eine kommunale Unternehmenssteuer und eine Beteiligung an der Lohnsteuer zu geben. Mittler zufolge ist die Gewerbesteuer in ihrer heutigen Struktur unvernünftig - „und zwar nicht nur aus Sicht der Unternehmen, sondern auch der Kommunen, die eine nachhaltig verstetigte Einnahmequelle brauchen“.

Unternehmen entlasten

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sei die Besteuerung der Unternehmen nicht tragfähig, fuhr der Finanzwissenschaftler fort. Andere Länder, nicht zuletzt in der Europäischen Union, würden Unternehmen mit niedrigen Steuersätzen anlocken. Unternehmen in Deutschland müssten entlastet werden, um mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Eine kommunale Betriebssteuer mit niedrigeren Sätzen und einer breiteren Bemessungsgrundlage, die auch den Mittelstand, freie Berufe und Landwirte erfasst, biete Ersatz.

Faltthauer wies darauf hin, dass ein „Umverteilungsmodell zu Lasten von Bund und Ländern“ keine Chancen habe, eine Mehrheit zu finden. Mit Blick auf die allgemein leeren Kassen

pflichtete dem Kollege Mittler bei: „Eine Verlagerung zu Lasten von Bund und Ländern wird es nicht geben.“ Neben konzeptionellen Fragen des komplizierten Modells der Stiftung Marktwirtschaft kritisierte Faltthauer, dass das Modell nicht bei Städten und Gemeinden zur Probe durchgerechnet wurde. Zahlenspielerien hätten kaum Aussagekraft.

Auch Josef Mend unterstrich die Skepsis der Bürgermeister gegen steuerliche Verschiebungen, die sich letztlich zu Ungunsten der Kommunen auswirkten: „Die Gemeinden sind gebrannte Kinder: Uns fehlt der Glaube zu den einzelnen Modellen.“ Die Finanzhoheit der Kommunen, so Mend, müsse gewahrt bleiben: „Wir können jede Reform mitgehen, die uns nicht zu Almosenempfängern macht.“

Programm „Dorf vital“

Angesichts sinkender Geburtenraten, steigender Lebenserwartung und Abwanderung vor allem junger Menschen verwies Landwirtschaftsminister Josef Müller seinerseits darauf, den Kommunen in Bayern mit dem neuen Aktionsprogramm „Dorf vital“ ab 2006 gezielt unter die Arme greifen zu wollen. Dazu werde, wie Müller in Nürnberg

Rechtsprechung (Dr. Juliane Thimet, Bayerischer Gemeindegtag), die Zukunft der Feuerwehr (Alfons Weinzierl, Vorsitzender des bayerischen Landesfeuerwehrverbandes und Wilfried Schober, Bayerischer Gemeindegtag), die Konversion von Bahnflächen (Cornelia Hesse, Bayerischer Gemeindegtag) sowie Chancen und Risiken des PPP (Dr. Detlev Lupp/Bayerischer Bauindustrieverband, Reinhard Böllmann/BKPV, Barbara Gradl/Bayerischer Gemeindegtag). Zusätzliche Fachvorträge in den Aussteller-Foren sorgten für vertiefende Erkenntnisse bei den zahlreichen Besuchern.

Virtuelle Behörde

Ob Bürgerinformationssysteme, digitale Flurkarte oder Sitzungsdienste - der Bedarf an spezieller Hard- und Software für Kommunen ist groß, wie die erstmals durchgeführte „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ zeigte. Die Veranstaltung, die seit 1997 jährlich mit großem Erfolg angeboten wird, ergänzte durch Vorträge rund um das Thema „Virtuelle Behörde“ das Messeangebot in optimaler Weise. Zu hören waren Praxisberichte von Anwendern und Fachvorträge anerkannter Wissenschaftler wie zum Beispiel von Prof. Dr. Klaus Jamin von der Fachhochschule München. Offizieller Veranstalter der Zukunftswerkstatt war die Bayerische Gemeindezeitung (siehe auch Seiten 5 und 6).

Tragende Säulen

„Wieder einmal wurde uns an diesen beiden Tagen bewusst, welche tragende Säule die Städte, Märkte und Gemeinden in unserer demokratischen Gesellschaft spielen“, erklärte Wolfgang Kelsch, Vizepräsident des Bayerischen Gemeindegtags und amtierender Bürgermeister von Wendelstein, der den erkrankten Präsidenten Dr. Uwe Brandl vertrat. „Aber unser kommunaler Handlungsspielraum ist deutlich abhängig von den finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen, die uns aus Berlin und München eingeräumt werden.“

Auf die schwierige finanzielle Situation der Kommunen wies Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, in seiner engagierten Eröffnungsrede hin. „Die Kassenkredite der Kommunen lagen im vergangenen Jahr bei 20,2 Milliarden Euro. Ein Jahrzehnt davor waren es lediglich 0,7 Milliarden Euro. Kassenkredite sind Kredite, die wir aufnehmen müssen, wenn wir schon alle Kredite aufgenommen haben, die wir aufnehmen dürfen.“

Über den Schuldenberg der Kommunen nicht hinwegtäuschen darf die ausgeglichene Einnahmen-Ausgaben-Bilanz der bayerischen Gemeinden im vergangenen Jahr, die sogar einen Überschuss von rund 88 Millionen Euro verzeichnete. Die Steuereinnahmen der bayerischen Kommunen stiegen laut Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindegtags, im vergangenen Jahr um 13 Prozent auf 9,43 Milliarden Euro. Hauptgrund dafür war der Anstieg der Gewerbesteuer auf 3,82 Milliarden Euro (2003: 2,58 Mrd. Euro). Gleichzeitig sank der Anteil der Einkommenssteuer leicht auf 3,78 Milliarden Euro (2003: 3,9 Mrd. Euro). Auf der Ausgabenseite haben die bayerischen Kommunen vor allem bei den Investitionen kräftig eingespart. Und auch bundesweit sind die Investitionen stark zurückgegangen. Seit 1992 sind die Investitionen von 33,5 Milliarden Euro auf 21,2 Milliarden Euro im Jahr 2004 geschrumpft.

Innenstaatssekretär Georg Schmid bezeichnete die Kom-

munen als „Garanten für Selbstverantwortung, Bürgernähe, soziales Miteinander und Transparenz“. „Die Kommunen verkörpern für uns den so wichtigen Aufbau der Demokratie von unten nach oben. Der Freistaat Bayern bleibt ein verlässlicher Partner seiner Kommunen.“

Demographiefaktor

Schmid machte deutlich, dass die demographische Entwicklung die Kommunen in Deutschland und auch im Freistaat vor immer größere Probleme stellt. Sie habe nicht nur Auswirkungen auf die Sicherung und Weiterentwicklung der kommunalen Daseinsvorsorge, sondern wirke sich auch auf den kommunalen Finanzausgleich aus: „Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb vor kurzem Vorschläge für eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs unterbreitet und auf Anregung von Innenminister Dr. Günther Beckstein vorgeschlagen, einen Demographiefaktor für Bevölkerungsrückgänge in den kommunalen Finanzausgleich einzubauen.“

Von entscheidender Bedeutung für die kommunalen Haushalte, so Schmid weiter, sei auch die Umsetzung des Konnexitätsprinzips: „Mit der Konsultationsvereinbarung der kommunalen Spitzenverbände mit der Staatsregierung von Mai 2004 unterliegt das Konnexitätsprinzip jetzt seit gut eineinhalb Jahren dem Praxistest. Aus unserer Sicht hat es diesen bestanden!“ So hätten Staat und kommunale Seite in vielen Fällen nach intensiven Gesprächen schnell und unkompliziert ein Einvernehmen erzielen können. Schmid: „Manche Regelung, die man früher wohl getroffen hätte, unterbleibt heute. Damit leistet das Konnexitätsprinzip auch einen echten Beitrag zur Deregulierung.“

Kommunaloffensive

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet von der neuen Bundesregierung eine Kommunaloffensive zur Stärkung der Städte und Gemeinden. Nur so könne das notwendige Hoffnungssignal für einen Aufschwung die Bürger erreichen. Dazu gehöre auch eine Kommunalverträglichkeitsprüfung für alle politischen Vorhaben, sei es im Bereich der Steuern oder des Sozialrechts, betonte Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DSTGB. Benötigt werde eine grundlegende Reform des Staates, die sicherstellt, dass endlich Einnahmen und Ausgaben wieder in einem vernünftigen Verhältnis stehen.

Zu den zentralen Aufgaben der neuen Regierung zählen die Städte und Gemeinden verbesserte Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und damit die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, die Reform des Föderalismus und die Umsetzung der Gemeindefinanzreform im Rahmen der Neuordnung der Unternehmenssteuern.

Experimentalregionen

Durch echten Bürokratieabbau muss Landsberg zufolge die Handlungsfähigkeit der Kommunen gestärkt werden. Hier liege ein enormes Einsparpotenzial. Im Zweifel müsse der Grundsatz gelten: Vorrang für Arbeitsplätze und Verzicht auf die Regelung. Gerade die Kommunen seien aufgrund ihrer Bürgernähe in der Lage, sinnvolle Bürokratie erforderlich seien beispielsweise Experimentalregionen, in denen die Kommunen in Abstimmung mit den Institutionen der Wirtschaft auf überflüssige Bürokratie verzichten dürfen. Ausgewählte Kommunen sollten von staatlichen Vorschriften freigestellt werden. **DK**

Teil 1 dieses Artikels „Das Amt des Aufsichtsrates im kommunalen Unternehmen“ veröffentlichten wir in Ausgabe Nr. 20 der Bayerischen Gemeindezeitung. GZ-Abonnenten finden den Text im Archiv unserer Website www.gemeindezeitung.de.

ende hinaus fort. Als Dritter, dem gegenüber die Verschwiegenheit zu wahren ist, ist für den Vertreter der Kommune im Interesse der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft grundsätzlich auch die Kommune selbst mit ihren Organen anzusehen, weil auf diesem Wege mangels hinreichender Vertraulichkeit vermehrt Informationen an die Öffentlichkeit gelangen würden.

Offenbarungsrechte gegenüber der Kommune

Die Frage der Offenbarungsbefugnis stellt sich vor allem dann, wenn die Kommune von ihrem Aufsichtsratsmitglied Berichte erwartet, die gesetzlichen Regeln ihn aber zur Verschwiegenheit verpflichten. So haben nach den Gemeindeordnungen diejenigen, die von der Kommune entsandt oder auf ihre Veranlassung gewählt wurden, die Kommune über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihr auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Hier gilt: Bundesrecht bricht Landesrecht, d.h. die geschäftsrechtliche Verschwiegenheitspflicht geht der Gemeindeordnung und anderen Landesvorschriften vor.

Allerdings ermöglicht § 394 AktG, der auch für GmbHs analog anwendbar ist, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dann und nur insoweit der Gebietskörperschaft zu offenbaren, als ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte von Bedeutung ist, damit die benötigten Informationen zur sachgerechten Verwaltung des Beteiligungsbesitzes vorliegen. Eine allgemeine Berichtspflicht gegenüber der Kommune besteht dabei allerdings nicht. Als Empfänger der Berichte kommen dabei neben der Kämmerei oder dem Rechnungsprüfungsamt auch die mit der Verwaltung und Prüfung betrauten Gemeinderäte und Ausschüsse in Betracht.

§ 395 Abs. 1 AktG verpflichtet die Empfänger der Berichte des

GZ-Fachtagung im Rahmen der Kommunale:

„Die virtuelle Behörde - Update 2005“

Zum 9. Male bereits lud die Bayerische Gemeindezeitung zu ihrer - diesmal zweitägigen - Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung ein. „Die virtuelle Behörde“ war dabei erstmals Partner der Kommunale in Nürnberg, der bayernweit größten Fachmesse für Kommunalbedarf.

Die virtuelle Kommunikation der Behörden untereinander und mit deren „Kunden“, den Bürgerinnen und Bürgern, ist seit der ersten GZ-Veranstaltung in Starnberg mit Riesenschritten vorangekommen. Heute durchdringt das Internet die Verwaltung. Tatsache ist, dass alle die Fortschritte der technologischen Revolution des 21. Jahrhunderts nutzen. Fakt ist aber auch, dass je intensiver sich die Verwaltungen dem eGovernment öffneten, sich umso mehr neue Einsatzmöglichkeiten und Chancen, aber auch Gefahren, ergeben haben.

Umfassender Überblick über aktuellste Trends

Mit einem umfangreichen Ausstellungs- und Vortragsprogramm lieferte die GZ erneut einen ebenso umfassenden wie detaillierten Überblick über die aktuellsten Trends. Dabei standen neben dem gemeinsamen Bildungsportal der Bayerischen Behörden BayLearn und der Sicherheit von Bürgerdaten u. a. die Zukunft mit GIS, die elektronische Aktenführung in der Kommunalverwaltung sowie webbasierte Auskunftssysteme für die moderne Kommune im Blickpunkt der Diskussion. Besonderes Interesse fand der Vortrag von Ulf Brümmel von der Bundesdruckerei GmbH, die ab Herbst die elektronischen Reisepässe für Deutschland herstellt. Doch damit nicht genug: Das Unternehmen wird auch den insgesamt 5700 Passbehörden in Deutschland die dafür notwendige zusätzliche Infrastruktur wie Visualisierungsgeräte oder später Fingerabdruck-Scanner, zur Verfügung stellen.

Für konkrete Sachfragen standen Aussteller und Referenten zur Verfügung. Unter den zahlreichen Besuchern wurden während der Veranstaltung Ballettkarten verlost. **DK**

Beck-Kommunalpraxis Bayern plus:

Erste umfassende Online-Lösung für Kommunen

Die „Praxis der Kommunalverwaltung“, herausgegeben vom traditionsreichen Beck'schen Kommunal- und Schul-Verlag, ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit etwa 36.000 Seiten zu allen praxisrelevanten Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung in Bayern. Kompetente und erfahrene Fachleute aus den zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis gewährleisten ein Höchstmaß an Kompetenz und Rechtssicherheit.

Dieses Werk steht nun auch online zur Verfügung: Das Fachmodul „Beck-Kommunalpraxis Bayern plus“ bietet Kommentare und Darstellungen zu Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen - intelligent verknüpft und länderspezifisch aufbereitet. Als Ergänzung hierzu dienen die Beck'schen Gesetze Digital mit rund 1.500 Gesetzen und Verordnungen des Bundes (Schönfelder, Sartorius, Nipperdey, Aichberger ...), den rund 200 wichtigsten EU-, UN- und sonstigen internationalen Vorschriften sowie Landesrecht im Umfang der Beck'schen Loseblatt-Textsammlungen Fuhr/Pfeil und März.

Umfangreiche Inhalte

Ebenfalls enthalten sind Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und anderer Gerichtszweige aus den Beck'schen Zeitschriften und aktuell direkt von den Gerichten im Volltext (BeckRS) mit den Schwerpunkten VGH, OVG und BVerwG. Darüber hinaus beinhalten die Module die Neue Juristische Online-Zeitschrift, NJOZ, ab 2001, sowie Aufsätze und Materialien aus NVwZ (ab 1982), NVwZ-RR (ab 1988) und LKV (ab 1991). Fachnews runden das Angebot ab.

Zahlreiche Vorteile

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- Das gesamte Bundes-, Landes- und Kommunalrecht in einer einzigen Datenbank, direkt am Arbeitsplatz

- praxisnahe, anschauliche und leicht verständliche Gesamtdarstellung
- überzeugendes Zusammenspiel von Texten, Kommentierungen und Rechtsprechung
- Erläuterungen, Beispiele, Muster, Formblätter, Organigramme, Anmerkungen und Verweisungen
- Bearbeitung aller Einzelthemen durch ausgewiesene Experten aus Ministerien, Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis
- renommierte Beck'sche Gesetzessammlungen
- Rechtsprechung im Volltext sowie aktuell und direkt von den Gerichten (BeckRS)
- führende Verwaltungs-Zeitschriften mit den meisten Lesern - NVwZ, NVwZ-RR, LKV inklusive umfangreicher elektronischer Archive bis 1982
- mehr Rechtssicherheit bei Detail-Entscheidungen der einzelnen Mitarbeiter
- zielsicherer Zugriff über komfortable Suchmasken
- Gesetze, Rechtsprechung, Aufsätze - intelligent verlinkt
- Recherche in der gesamten Datenbank beck-online inklusive, z.B. im Fachmodul Verwaltungsrecht plus, in weiteren Kommentaren, Zeitschriften... (Einzeldokument)
- immer auf dem Laufenden durch ständige Online-Aktualisierungen und regelmäßige Updates
- wahlweise auf CD-ROM mit online-Anbindung oder direkt online
- einfache Nutzung an mehreren Plätzen/kostengünstiges Intranet möglich. **DK**



Für zehn glückliche Gewinner der GZ-Verlosung wurde in der Münchner Philharmonie eine der vollkommensten Inkarnationen des klassisch-romantischen Balletts dargeboten: „Giselle“, präsentiert vom Russischen Nationalballett aus Moskau, verzauberte mit seiner grandiosen Virtuosität und Ästhetik. Ein für-wahr großartiges Erlebnis, so die übereinstimmende Meinung des dankbaren Publikums. **DK**

Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern:

Aus der Praxis für die Praxis

Weit über 1.000 Besucher verzeichnete die AKDB auf der Kommunale in Nürnberg. Besonders gefragt waren Gespräche mit Anwendern aus verschiedenen Verwaltungen in Bayern, die den Einsatz von AKDB-Lösungen in ihrer täglichen Praxis mit den Besuchern diskutierten.

An jedem Präsentationspunkt standen die kommunalen Experten zusammen mit den Anwendungsberatern des kommunalen Software- und IT-Hauses ausführlich Rede und Antwort. Ebenfalls gut besucht war das zusätzliche Vortragsprogramm, das die AKDB direkt am Stand anbot. Hier konzentrierte sich das Interesse vor allem auf das Neue kommunale Finanzwesen (OK.FIS NKFV) sowie weitere Neuheiten im Baubereich und im Personalwesen, die von der AKDB erstmals vorgestellt wurden.

Durch den bereits Anfang der neunziger Jahre in Gang gekommenen Reformprozess „Neues Steuerungsmodell“ entwickelte sich ein Bündel von Maßnahmen, um „Verwaltungsbürokratien“ zu kundenorientierten Dienstleistungsorganisationen zu transformieren. Für die Schaffung von mehr Transparenz in den Verwaltungsprozessen für die Bürgerschaft und Politik und das Erreichen einer höheren intergenerativen Gerechtigkeit ist es notwendig, das bisherige nur auf Einnahmen und Ausgaben ausgerichtete Geldverbrauchs-konzept durch ein komplettes Ressourcenverbrauchskonzept mit Nachweis des Vermögens und der Schulden der Kommune abzulösen.

Kommunale Doppik

Mit diesen neuen Anforderungen erreicht die heutige Kameralistik die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Mit einem neuen Haushaltsrecht auf Basis der kaufmännischen Buchführung (kommunale Doppik) ist der Ressourcenverbrauch in einem geschlossenen System darstellbar.

Die Ende der neunziger Jahre angestrebte Lösung mit Überleitung von kameralen Buchungssystemen in doppische Systeme zur Erzeugung von kaufmännischen Abschlüssen wurde von der AKDB nicht weiterverfolgt. Schnell wurde deutlich, dass dies durch Abstimmungs- und Abgrenzungsprobleme keine den Anforderungen des „Neuen Steuerungsmodells“ gerechte Lösung sein kann. Deshalb entschied man sich frühzeitig für die Neuentwicklung einer voll integrierten Drei-Komponenten-Rechnung (Vermögens-/Erfolgs- und Finanzrechnung) nach den Vorschlägen des Arbeitskreises „Doppik“ der Innenminister-Konferenz (IMK). Durch den Beschluss vom 21.11.2003 der IMK und der damit verabschiedeten Leittexte für die länderspezifische Gesetzgebung wird das von der AKDB mit OK.FIS NKFV umgesetzte Konzept einer kom-

munalen Doppik voll bestätigt.

OK.FIS NKFV kann autonom, im Service-Rechenzentrum (geplant ab 2006) oder im Outsourcingbetrieb eingesetzt werden. Die Anpassungen an die Software, die sich gegebenenfalls durch das laufende Gesetzgebungsverfahren für die KommHV Doppik im Detail noch ergeben können, werden auf allen Plattformen zeitnah umgesetzt. Die Gewährleistung des entsprechenden Datenschutzes und der Datensicherheit ist in OK.FIS NKFV selbstverständlich. **DK**



ANSTALT FÜR KOMMUNALE
DATENVERARBEITUNG IN BAYERN

Partner der Kommunen

Mehr als 30 Jahren Erfahrung mit kommunaler Branchensoftware stehen für Kompetenz und Qualität der AKDB. Entwicklung, Pflege und Vertrieb hochqualifizierter und effizienter Softwarelösungen gehören zu den primären Aufgaben. Als markt führendes Softwarehaus bietet die AKDB Lösungen für alle Aufgaben der Städte, Kreise und Gemeinden.

Die AKDB ist ein moderner Dienstleister und zugleich Service-Rechenzentrum und Datendrehscheibe zwischen Verwaltungen, Bürgern und Wirtschaft. Sie ist Know-how-Zentrum für spezialisierte Beratung, Betreuung und Schulung.

Die AKDB stellt sich aktuellen Themen: Neues Kommunales Finanzwesen - NKFV, eGovernment, elektronisches Meldewesen und kommunales Flächenmanagement/GIS. Als Tochter der kommunalen Spitzenverbände stellt sie Ihre Lösungen allen Kommunen Bayerns zur Verfügung.

Anwender von AKDB-Lösungen in
Städten, Gemeinden und Märkten
und in Landkreisen

Kartenmaterial: A7035 V01000, © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2003

Funktionen und Vorzüge von OK.FIS NKFV

- Für das Haushaltsjahr werden die Ansätze beschlossen, Ermächtigungen erteilt und die Auswirkungen in der Planung der Folgejahre beschrieben.
- Die Budgetierung unterstützt die Haushaltserstellung nach outputorientierten (produktspezifischen) oder organisatorischen Gesichtspunkten.
- Die Darstellung der Ressourcen auf der Basis von Produkten (Produktbereichen, -gruppen, Produkten, Leistungen je nach Bedarf) wird durchgängig für die Planung, Bewirtschaftung, Geschäftsbuchführung und Zahlungsabwicklung angewendet.
- Die Bewirtschaftung des Haushaltes erfolgt im Rahmen der rechtskräftig bzw. vorläufig bereitgestellten Mittel (aktive oder passive Mittelkontrolle).
- Der Haushalt wird in der Geschäftsbuchführung und der Zahlungsabwicklung/Kasse ausgeführt.
- Die Geschäftsbuchführung basiert auf den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung für Kommunen (GOB-K). Sie erfolgt im Zweikreisystem der doppelten Buchführung in Form von Konto- und Gegenkontobuchungen.
- Das Vieraugenprinzip regelt die Verbindung zwischen der Geschäftsbuchführung und der Zahlungsabwicklung/Kasse.
- Das Vermögen (Sach- und Geldvermögen) und die Kredite werden flächendeckend erfasst und bewertet. Die Vermögensbuchführung OK.FIS VMB ist als Nebenbuchhaltung integrierter Bestandteil des Finanzwesens. Die Eröffnungsbilanz liefert die erstmaligen Werte für den Stichtag der Doppik-Umstellung.
- Die Personenkontenführung ist eine (integrierte) Nebenbuchhaltung des Finanzwesens. Nicht ausgeglichene offene Posten werden als Forderungen und Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen.
- Der Jahresabschluss weist die Aufwände und Erträge, die Bestände und die Ein- und Auszahlungen aus. Es erfolgt ein Vergleich mit der Planung und den Ermächtigungen. Der Abschluss enthält begründende Anlagen und die Spiegel der Nebenbuchhaltungen (Anlagenspiegel, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel etc.)
- Die Kosten- und Leistungsrechnung OK.FIS KLR kann zur Ermittlung der Internen Leistungsbeziehungen genutzt werden. Ihr Einsatz wird in einigen Bundesländern vorgeschrieben.
- Das Anwendungsverfahren OK.FIS ermöglicht die effiziente Sachbearbeitung für den Bereich Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen. OK.FIS ist verfügbar auf MS Windows; Datenbanksystem ORACLE. Mögliche weitere Systemplattformen auf Anfrage. **DK**



Wir sind da:

Anstalt für Kommunale
Datenverarbeitung in Bayern
Herzogspitalstraße 24
80331 München
Tel: 089/5903-0
Fax: 089/5903-1845
mailto:mailbox@akdb.de
www.akdb.de

Kommunix:

Spezialist für kommunale Software-Systeme

Ein engagiertes und motiviertes Mitarbeiter-Team ist der zentrale Baustein für den Erfolg eines Unternehmens und seiner Produkte. Vertrauen, Offenheit und Kompetenz sind die unverzichtbaren Eckpfeiler bei der Entwicklung eines solchen Teams. Diese Überzeugungen prägen die Unternehmenskultur der Kommunix GmbH, einem mittelständischen Unternehmen mit Sitz in Unna, das seit über zehn Jahren erfolgreich Softwarelösungen für den kommunalen Verwaltungsbereich entwickelt und vertreibt. Stetig wächst dabei die Zahl zufriedener Kunden.

Die Kommunix GmbH entwickelt ihre Softwarelösungen in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachämtern „aus der Praxis - für die Praxis“. Dabei ist ein Auftrag nicht mit der Installation und Schulung vor Ort abgeschlossen; ein kontinuierlicher Kunden-Kontakt ermöglicht die praxisorientierte

Weiterentwicklung der bewährten Produkte. Eine weitere Stärke von Kommunix ist der umfangreiche Service.

Groß ist die Zahl der Dienstleistungen:

- ≪ persönliche Beratung am Telefon und/oder per E-Mail
- ≪ Workshops
- ≪ Wartung, d. h. kontinuierliche

che Updates - orientiert an Kundenwünschen und Gesetzesänderungen

- ≪ Inhouse-Schulung
- ≪ Handbücher auch in gedruckter Form
- ≪ Im Verfahren integrierte Multimedia-Hilfe
- ≪ Internet-Forum

Laufende Anpassung der Software

Die Software wird den aktuellen rechtlichen und technischen Gegebenheiten laufend angepasst. Als Spezialist für kommunale Software-Systeme entwickelt Kommunix entsprechend den Kundenerwartungen die richtige und preisgünstigste Lösung.

Mit dem Software-Paket FundVIS wurde beispielsweise ein umfangreiches Programm entwickelt, mit dem sich die Arbeiten im Fundbüro einfach und schnell abwickeln lassen. Kernstück des Programms ist die Speicherung aller Daten in einer zentralen Datenbank mit allen Informationen zu Art und Wert des gefundenen Gegenstandes, zu Fundort und Fundzeitpunkt,

zum Aufbewahrungsort sowie zu den persönlichen Angaben des Finders. Auswahllisten beschleunigen die Erfassung der Daten. Das Programm leistet die automatische Berechnung der Gebühren und des Finderlohns. Die Suche nach einem verlorenen Gegenstand gestaltet sich rasch und bequem, denn in Sekundenschnelle ist das Suchergebnis auf dem Bildschirm präsent.

Vereinfachte Abläufe

Zur Beschleunigung der einzelnen Vorgänge müssen die Eingabemaschinen des Programms nicht komplett ausgefüllt werden. Teilangaben reichen aus. Sind die Daten einer Fundsache eingegeben, lassen sich Fundanzeigen und diverse Beschreibungen per Maus-Klick direkt ausdrucken.

Die Kommunix-Produkte sind allgemein so konzipiert, dass sie sich problemlos in andere Systeme einbinden lassen. Das verkürzt die Informationswege und vereinfacht die Arbeitsabläufe. Personenbezogene Angaben in FundVIS können beispielsweise bei Anbindung an das Einwohnermeldewesen direkt aus diesen Datenbeständen übernommen werden. Selbstverständlich überprüft Kommunix, ob das entsprechende Einwohnermeldesystem an FundVIS angebunden werden kann. **DK**

idomeo GmbH:

Die Gemeinde auf dem Bildschirm

Das grafische Informationssystem idomeoKOMMpak wird seit 1999 von der Firma mit idomeoSOFTWARE GmbH, Landshut, in enger Zusammenarbeit mit Gemeinden und Ingenieurbüros entwickelt. Zielvorgabe war es, ein für bayerische Kommunen umfassendes, leicht bedienbares und dabei besonders kostengünstiges Informationssystem zu erstellen (standardmäßig mit ALB, DFK, Katasterdaten, u.v.m.).

Der Gemeindeverwaltung ermöglicht es einen schnellen Zugriff auf Einwohner- und Flurkartendaten. Zudem wird auf Standardanwendungen zurückgegriffen, was die optimale Kompatibilität zu vorhandenen Systemen gewährleistet und gleichzeitig die Softwarekosten und den Schulungsaufwand minimiert.

Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten und die erhebliche Zeitersparnis bei den verschiedensten Verwaltungsarbeiten er-

höhen die Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Mitarbeiter, so dass sich idomeoKOMMpak ab der ersten Minute bezahlt macht.

Die Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen erhalten eine Software, die einen übergreifenden Datenaustausch zwischen den einzelnen Verwaltungen und auch Ingenieurbüros sicherstellt. Auch Anwender ohne PC-Erfahrung können mit idomeoKOMMpak sofort arbeiten. **DK**

InfraServ Gendorf:

Lösungen für die innovative Behörde

Als Standortbetreiber unterstützt InfraServ Gendorf mit einer Vielzahl von Systemleistungen: Technische Services im Anlagenbau und der Instandhaltung, bei der Konzeption und Realisierung von Logistikkonzepten, bei der Implementierung von IT-Lösungen, mit einem großen Aus- und Weiterbildungsangebot, mit eigenen Anlagen zur Energiegewinnung und Entsorgung von Abfällen und Abwässern, bei Arbeitsschutz, Anlagen- und Umweltüberwachung und Genehmigungsverfahren, selbst beim Erwerb von Baugrundstücken und Bauprojekten.

Erfahrene Fachleute begleiten alle Ihre Vorhaben - von der ersten Idee bis zum realisierten Projekt und darüber hinaus. An einem Standort, der es auf einzigartige Weise versteht, traditionelle Industriekultur mit einem innovativen Dienstleistungsspektrum zu vereinen.

Zuverlässiger Partner

Die Business Unit IT-Services der InfraServ Gendorf ist der führende IT-Systemdienstleister in Ostbayern. Er verfolgt das Ziel, bedarfs- und anwendergerechte Informations- und Kommunikations-Systeme zu realisieren. Mit seinen erfahrenen Fachleuten deckt er nicht nur den kompletten Lebenszyklus individueller IT-Lösungen ab - von der Beratung, über Projektierung, Implementierung und Integration bis hin zum Betrieb, sondern versteht es darüber hinaus, das perfekte Zusammenspiel seiner Fachteams gewinnbringend einzusetzen, um integrierte und intelligente Lösungen zu schaffen. Städte, Landkreise und Kommunen schätzen InfraServ als zuverlässigen Partner für die Umsetzung innovativer IT-Lösungen, wie z.B. eGovernment-Solutions. Für Mittelstand, Großunternehmen und Öffentlichen Dienst in Ostbayern bietet das Unternehmen maßgeschneiderte Lösungen - mit ganzheitlichem Anspruch und modularem Nutzen.

Für die Kommunen bietet die Internet-Kommunikation ein erhebliches Potenzial zur Kostenreduktion. Jahrelange Erfahrung aus der Arbeit mit Landkreisen und Kommunen verknüpft das Unternehmen mit seiner fun-

dierten IT-Kompetenz. Daraus generiert InfraServ auf die Bedürfnisse der Öffentlichen Dienste abgestimmte Lösungen:

- ≪ InfraForms: Elektronische Formulare zur Reduzierung von Behördengängen. Möglichkeiten der digitalen Signatur und automatischen Archivierung machen dieses Produkt zu einem kosten- und zeitsparenden Werkzeug für kommunale Prozesse.
- ≪ Elektronische Formularbearbeitung wird sinnvoll ergänzt durch ein DMS (Dokumentenmanagementsystem). Speziell für die Langzeitarchivierung. Komplexe Anträge komfortabel ablegen und wieder aufrufen. Sofortiger Zugriff auf notwendige Informationen aus anderen Bescheiden. Übergreifend über alle Sachgebiete verbessert ein DMS erheblich die Durchlaufzeiten. Ein wichtiger Bestandteil des Workflows sind DMS und Archivsysteme.
- ≪ Content-Management-Systeme: Webbasiertes Erstellen, Prüfen, Freigeben und Publizieren von strukturierten Inhalten; rollenbasiertes Berechtigungs- und Prozessmodell für Freigabe und Genehmigung; Trennung von Inhalt, Layout und Struktur.
- ≪ Fobian: Browserbasiertes Kursmanagement zur Lehrerfortbildung für eine komfortable Planung und eine transparente Dokumentation pädagogischer und fachlicher Weiterentwicklung.
- ≪ ERP-Systeme in der Verwaltung (Doppik): Detaillierte Kenntnisse von öffentlichen Strukturen sind die Basis für branchenspezifische Anpassung von Standard ERP-Systemen auf die Bedürfnisse in der öffentlichen Hand. **DK**

E-Gov beschleunigt Verwaltungsvorgänge

Medienbruchfreie Kommunikation zwischen Behörden als Hauptanwendung

E-Government braucht einen Richtungswechsel. Oberste Priorität muss eine medienbruchfreie Kommunikation zwischen Verwaltungen haben. Hauptfokus darf auch nicht die Technik sein, sondern die Umgestaltung von Verwaltungsabläufen.

Als Hauptzielgruppe von E-Government-Entwicklungen wurden in den vergangenen Jahren überwiegend die Bürger gesehen. Nicht zuletzt aufgrund einer oft nur mäßigen Akzeptanz hat sich diese Betrachtungsweise geändert. Immer häufiger werden Anwendungen für Unternehmen realisiert. Banken, Notare, Steuerberater, Architekten, Auskunfteien usw. haben regelmäßig Kontakt zu Behörden. Die Fallzahlen liegen hier viel höher als bei den Bürgern.

Eine medienbruchfreie Kommunikation bietet deshalb sowohl auf der Unternehmer- als auch auf der Behördenseite einen unmittelbaren Mehrwert. Ein Beispiel hierfür sind die einfachen Melderegisterauskünfte, die über ein zentrales Portal medienbruchfrei an Unternehmen erteilt werden.

Wachstum „von innen heraus“

Eine noch wichtigere Zielgruppe für E-Government ist allerdings die Verwaltung selbst. E-Government muss „von innen heraus“ wachsen. Die Behördenkommunikation muss medienbruchfrei gestaltet werden. Dass die gleichen Daten von verschiedenen Behörden immer wieder neu erfasst werden, muss der Vergangenheit angehören.

Ein Vorzeigebeispiel, bei dem diese Medienbrüche überwunden wurden, ist die Gewerbeanmeldung. Die Durchschläge des Erhebungsformulars gingen früher an zwölf verschiedene Behörden und wurden dort neu erfasst. Mit dem Verfahren GEWAN werden die Daten nur noch einmal erfasst und elektronisch weitergeleitet. Das federführende Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung hat neben dem Zeitgewinn eine Ersparnis von etwa 1,3 Mio.

Formularen jährlich errechnet. Ähnlich wird die Kommunikation zwischen Meldebehörden ab 1.1.2007 laufen. Nach Umzügen von Bürgern wird es nur noch eine elektronische Rückmeldung zwischen den beteiligten Behörden geben.

Vom Papier zur Elektronik

Damit E-Government wirklich erfolgreich werden kann, bedarf es eines grundlegenden Wechsels der „Verwaltungskultur“. Die Verwaltung arbeitet immer noch äußerst „papierbezogen“. Die Einführung von Dokumenten-Management-Systemen (DMS) mit elektronischen Akten steht noch am Anfang. Der Umstieg - auch „mental“ - vom Papier zur Elektronik ist jedoch Grundvoraussetzung für eine medienbruchfreie Arbeitsweise.

Technik als „Treiber“

Als weiterer Paradigmenwechsel ist der Umstieg von der institutions- zur prozessorientierten Aufgabenerledigung erforderlich. Bisher war für eine Aufgabe eine bestimmte Verwaltungseinheit zuständig. Künftig werden mehr die Verwaltungsabläufe (Prozesse) im Mittelpunkt stehen. Diese gilt es zu analysieren und ggf. mit den modernen Hilfsmitteln des E-Governments zu verbessern. Die Technik ist dabei allenfalls der „Treiber“, nicht der Motor.

Die Anpassung von Verwaltungsprozessen ist eine zutiefst organisatorische bzw. gestalten Aufgabe. Künftig sollen z.B. Personenstandsunterlagen von Bürgern bei jedem Standesamt angefordert werden können. Um dies zu ermöglichen, ist eine Änderung des Personenstandsrechts erforderlich. Deshalb ist auch der Gesetzgeber gefordert. **Richard Stelzer, IBSt**

Großer Andrang bei Gewinnspiel

Die Möglichkeit, drei digitale Baubücher der Landshuter idomeo Software GmbH im Wert von je 980 Euro zu gewinnen, fand große Aufmerksamkeit bei den Besuchern der Kommunale 2005. Mehr als 100 Kommunen nahmen am Wettbewerb teil. Aufgabe war es, eine Entfernung vom Stand der idomeo GmbH zu einem vorgegebenen Punkt in der Halle zu schätzen.

Das Ergebnis überraschte, da alle Teilnehmer nur mit geringen Abweichungen die Entfernung ziemlich genau einzuschätzen wussten. Unter Aufsicht von GZ-Redakteurin Doris Kirchner ermittelten schließlich die Geschäftsführer der idomeo GmbH, Franz Held und Helmut Seidel, die Entfernung mit einem elektronischen Tachymeter auf 3 mm genau. Der „beste Schätzer“ war Rudolf Geltinger von der Gemeinde Mitterskirchen, der mit 26,87 m nur um 11,2 cm daneben lag. Rang 2 belegte Andreas Bachmeier von der Gemeinde Winzer, Dritter wurde Ernst Stross von der Stadtverwaltung Hammelburg. **DK**

Siemens Business Services:

Digitalisierung britischer Urkunden

Siemens Business Services wird alle Geburts-, Heirats- und Todesurkunden der Briten von 1837 bis heute in eine einzige Datenbank transferieren. Der Auftrag kommt vom britischen Office for National Statistics (ONS). Siemens wird dafür mehr als 250 Millionen Urkunden scannen, digitalisieren und indizieren.

Das über drei Jahre laufende Projekt ist Teil der Modernisierung der Behörde. Die elektronische Aufbereitung der Informationen erleichtert es künftig, Einsicht in die Daten oder Kopien der Urkunden zu erhalten. Der frühere arbeitsintensive manuelle Prozess wird rationalisiert und automatisiert. Die Verwaltung wird dadurch effizienter, Anfragen können schneller erledigt werden. ONS hat allein im letzten Jahr mehr als zwei Millionen Anfragen nach Urkunden erhalten.

Große Auszeichnung

Carrie Armitage, Project Director bei ONS sagte: „Es ist wichtig, neue Lösungen zu entwickeln, die Zeit und Geld sparen und der Öffentlichkeit bessere Services bieten besonders vor dem Hintergrund steigender Anfragen nach Zertifikaten.“ „Es ist für uns eine Auszeichnung, ein so umfangreiches Projekt mit dieser historischen Dimension zu übernehmen“, so Christian Oecking, der das weltweite Outsourcing-Geschäft bei Siemens Business Services leitet. „Wir haben die Expertise um das Projekt in jeder Phase sicher und in bester Qualität umzusetzen.“

Das ONS-Mikrofilm-Archiv der Papierkunden reicht bis in das Jahr 1837 zurück. Alle 80.000 Filme werden in Groß-

britannien gescannt, verschlüsselt und danach digitalisiert zur Datenerfassung nach Indien geschickt in das dortige Siemens Business Process Operation Center.

Die extrem hohen Anforderungen an Vollständigkeit, Sicherheit und Genauigkeit werden während des gesamten Prozesses von Großbritannien aus in einem eigens eingerichteten Center of Excellence überwacht, bis die Datensätze wieder komplett an das ONS übergeben werden. Die Digitalisierung des kompletten Urkundenbestands wird voraussichtlich im Jahr 2008 abgeschlossen sein.

Siemens Business Services ist ein international führender IT-Service-Anbieter. Der Siemens-Bereich bietet Leistungen entlang der gesamten IT-Dienstleistungskette aus einer Hand vom Consulting über die Systemintegration bis zum Management von IT-Infrastrukturen. Mit umfassendem Know-how und spezifischem Branchenwissen schafft das Unternehmen messbaren Mehrwert für seine Kunden. Beim Outsourcing und der IT-Wartung zählt Siemens Business Services zu den Top-ten-Anbietern weltweit. Im vergangenen Geschäftsjahr (30. September 2004) betrug der Umsatz rund 4,7 Mrd. EUR; 76 Prozent wurden außerhalb des Siemens-Konzerns erzielt. **DK**



idomeoKOMMpak

das erfolgreiche Geoinformationssystem!

50 x ein komplettes Geoinformationssystem für nur €90,- im Monat!
Inkl. Installation u. Schulung; „vor Ort“-Service und -Support und alle Softwareupdates!!!

Aktion befristet bis 31. Januar 2006!
Nur 50 Sondermodule stehen zur Verfügung!
Eingangsdatum der Bestellung entscheidet!

idomeo GmbH · Clemens-Brentano-Straße 1 · 84034 Landshut · Tel. (0871) 6877578 · info@idomeo.com
Info und Bestellung an info@idomeo.com oder M. 0179 5345796

Modernste Bibliotheks-Software für Rosenheim

Förderverein finanziert neues Programmpaket und Server

Schneller, einfacher und übersichtlicher soll mit Hilfe des neuen Bibliotheksprogramms „Bibliotheca.net“ der Firma Bond künftig der Internetzugriff auf den Medienbestand der Rosenheimer Stadtbibliothek erfolgen. Dies erhofft sich Elisabeth Gröger, zuständig für den Internetauftritt der Bibliothek, die sich nach langen Marktstudien gemeinsam mit dem Amt für Datenverarbeitung für dieses zukunftsweisende Programm entschieden hat. Das alte Bibliotheksprogramm, das nicht mehr weiterentwickelt worden war, hatte den stets steigenden Anforderungen an die Software von Mitarbeitern und externen Nutzern nicht mehr genügt.

Der Medienbestand der Rosenheimer Stadtbibliothek umfasst rund 110.000 Medien die etwa 670.000 mal jährlich von 16.500 aktiven Bibliothekskunden entliehen werden. Zudem verzeichnet die gut besuchte Kultureinrichtung jährlich 3500 Neuanmeldungen von Bibliotheksnutzern und täglich besuchen 800 bis 1000 Bürger die Bibliothek. „Für uns Mitarbeiter wird vor allem auch die Verarbeitung von Daten für Statistik durch das neue Programm wesentlich vereinfacht“, freute sich Gröger bei der Vorstellung der neuen Software.

Reduzierte Kosten

Bereits heute arbeitet die Firma Bond mit ihrer Software „Bibliotheca.2000“ als deutscher Marktführer europaweit erfolgreich in mehr als 3000 Bibliotheken. Da die Rosenheimer sich in Deutschland für die Einführung des Programms „Bibliotheca.net“ als Pilotbibliothek zur Verfügung gestellt haben, konnten die Kosten für

Software und den erforderlichen Server drastisch reduziert werden. Dennoch hätte ohne die komplette Finanzierung der Förderverein Stadtbibliothek am Salzstadel e.V. dieses ehrgeizige Projekt für Rosenheim nicht realisiert werden können.

Mit Passwort (Geburtsdatum: z.B. 01.01.1990) und der Leser- ausweisnummer können ab sofort nicht nur der Medienbestand der Bibliothek im Netz vom Leser recherchiert werden, sondern er kann auch Bücher reservieren oder ausgeliehene Medien online verlängern. Auf einer Quickliste erfährt der Besucher der Internetseiten www.stadtbibliothek.rosenheim.de auf einen Blick, welche Medien in den letzten sechs Wochen neu in den Bestand aufgenommen wurden - und das übersichtlich geordnet nach Sachgruppen und jeweils mit Inhaltsangabe.

Bei „Bibliotheca.net“ handelt es sich um eine webbasierte Bibliothekssoftware, die auf der fortschrittlichen Microsoft.NET-Technologie aufbaut. Es werden

dabei alle gängigen Browser unterstützt.

Hochengagierte Team

Doch nicht nur das Bibliotheksprogramm wurde vom Förderverein der Stadtbibliothek vollständig finanziert, sondern auch der dafür erforderliche Server. Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer dankte nicht nur dem hochengagierten Team der Stadtbibliothek, das mit nur 14-tägiger Schließung der Bibliothek während der Sommerferien auf das neue Programm umge-



Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer informierte sich persönlich vor Ort über „Bibliotheca.net“.

Google will in die tiefe Weite des Weltalls

Suchspezialist kooperiert mit NASA
Riesenkomples in Silicon Valley geplant

Einst als reine Suchmaschine gegründet erweitert Google sein Betätigungsfeld kontinuierlich und macht nun auch vor dem Weltraum nicht Halt. Jetzt gab das Unternehmen eine Kooperation mit der amerikanischen Weltraumbehörde NASA <http://www.nasa.gov> bekannt.

In einem memorandum of understanding wurde Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen der technologischen Forschung- und Entwicklungsarbeit vereinbart. Konzentrieren wollen sich die Partner vor allem auf Nanotechnologie, dezentralisierte Computersysteme und Verwaltung von großen Datenmengen, hieß es in einer gemeinsamen Aussendung.

Weltweites Netzwerk

„Was Google seinem Partner bieten kann, ist ein großes weltweites Netzwerk und enorme Reichweite, worüber die NASA nicht verfügt“, teilte Google-Chef Eric Schmidt mit. Die NASA wiederum bringe wissenschaftliche Expertise und den Zugang zu den besten Wissenschaftlern der Welt ein. „Stellen sie sich vor, sie hätten, wann immer sie es wollen, eine große Auswahl an Bildern aus dem Apollo-Programm zur Verfügung“, so Schmidt.

Die wahren Gewinner

Scott Hubbard von der NASA sagte: „Die geplante Partnerschaft eröffnet viele Möglichkeiten für das Weltraumprogramm und bringt beiden Unternehmen Vorteile.“ Die wahren Gewinner seien jedoch alle Amerikaner, gab sich Hubbard patriotisch. Über den finanziellen Rahmen wurden keine Angaben bekannt.

Konkret will Google einen Campus mit 93.000 Quadratmetern auf dem Gelände des zur NASA gehörenden Ames Forschungszentrums www.arc.na-

stellt hat, sondern vor allem Eleonore Dambach, Vorsitzende des Fördervereins. „Ohne die Unterstützung des Fördervereins könnten wir in vielen Bereichen gar nichts tun. Nur Dank der vollständigen Finanzierung dieses Programmpakets und des Servers konnte dieses zukunftsweisende Produkt überhaupt erst eingeführt werden.“

Gleichzeitig dankte die Rathauschefin auch dem Amt für Informationsverarbeitung der Stadt, das das für Rosenheim als LuK-Zentrum Südostbayerns wegweisende Pilotprojekt unterstützt und begleitet. „Natürlich kann es gerade am Anfang noch zu Problemen kommen, doch wir sind sicher, dass schon bald die Vorteile des Programms für jeden Nutzer deutlich werden“, so Manfred Grundke, Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung.

Systems 2005:

Das Ziel aus den Augen verloren

Für den Nicht-Computerfachmann wird die Systems immer undurchschaubarer. Der Druck, immer neue Programme und Produkte auf den Markt bringen zu müssen, hat das Ziel aus den Augen verlieren lassen, dass der Kunde doch eigentlich König ist.

Augenfällig ist, dass die Firmen in punkto Hardware- als auch Softwaretechnik zunehmend technisch orientiert sind. Der gesunde Menschenverstand bleibt nach Ansicht vieler Besucher dabei auf der Strecke.

Chice Anzüge für die Herren und Standardkostüme für die Damen ersetzen keineswegs eine gute Beratung. Auf dem rumänischen Stand versuchte man den amateurhaften Aufbau durch besondere Freundlichkeit wieder auszugleichen. Das ist perfekt gelungen.

Ganz anders wiederum die Situation an einem weiteren Stand mit dem Fußballspieler, der als Kundenattraktion gedacht war, aber nur gelangweilt

herum saß. Sicherlich brachte er keinen langfristigen Erfolg.

Zum eGovernment: Hier und da gab es neue Broschüren, interessant war die Darstellung der Vernetzung der Stadt Hamm (www.hamm.de), die dadurch hohe Einsparungen bei den Telefonkosten erzielen konnte.

Am 26. Oktober waren zu einigen Vorträgen in Halle A 2 nur wenige Teilnehmer anwesend. Das mag Tags darauf besser gewesen sein, denn Staatskanzleichef Erwin Huber hatte sich angesagt.

Chancen und Risiken sind allen Fachleuten bereits seit langem klar. Der Bürger hat es allerdings noch nicht deutlich genug gemerkt. **Klaus Jamin**

Informationen über Kinderbetreuung jetzt online

Betreuungswünschen berufstätiger Eltern kommt ein neues Internetportal entgegen. Es informiert über Kinderbetreuung bei Tagespflegeeltern - auch über die Landkreisgrenzen hinaus. Der Fachbereich Sozialdienst und das Jugendamt des Landratsamtes Günzburg haben gemeinsam mit Jugendämtern von Städten und Landkreisen in Schwaben ein Internetportal für Tagespflege entwickelt.

Über die Internetadresse www.tagespflege-kinder.de können Mütter und Väter wichtige Informationen zum Thema Kinderbetreuung in Tagespflege abrufen und parallel dazu auch den jeweiligen Landkreis, in dem sie wohnen, anklicken. Sie erhalten sofort die zuständige Ansprechperson.

Wenn Eltern arbeiten gehen, in der Ausbildung oder beim Studieren sind, brauchen sie während ihrer Abwesenheit eine Betreuungsperson für ihr Kind. Die Öffnungszeiten der Kindergärten oder die Schulzeiten stimmen oft nicht mit den Arbeitszeiten der Eltern überein. Wie sieht es mit der Betreuung von Kindern bis zum dritten Lebensjahr aus, deren Mütter und Väter arbeiten?

Die Betreuung durch eine Tagespflegefamilie bietet gerade für diese Kinder eine Alternative. Vor dem Hintergrund individueller Wünsche bei der Kinderbetreuung und einer weit reichenden Mobilität von Eltern und allein Erziehenden, die auch über Stadt- und Landkreisgrenzen hinaus auf der Suche nach geeigneten Tagespflegepersonen sind, haben die Jugendämter in Schwaben ein gemeinsames Internetportal geschaffen. Sollte im eigenen Landkreis keine geeignete Pflegemutter zur Verfügung stehen, kann auf dem Weg zur Arbeit, möglicherweise im

angrenzenden Landkreis, eine Pflegeperson gefunden werden. Auch hier genügt ein einfacher Klick, um den richtigen Ansprechpartner zu finden. Natürlich können sich auch Personen, die bei sich ein Kind in Tagespflege betreuen wollen, über wichtige Voraussetzungen informieren. Zudem werden interessante Themenbereiche zum Nachlesen angeboten, die sich alle mit Kinderbetreuung bei einer Tagespflegefamilie befassen. **hj**

Qualifizierte Elektronische Signatur wird alltagstauglich

Der Adobe Partner OPEN-LiMiT SignCubes hat seine Signaturprodukte und Erweiterungen für Adobe, Acrobat, Adobe Reader und Adobe LiveCycle Document Security nach den weltweit gültigen Kriterien zertifizieren und nach Deutschem Signaturgesetz bestätigen lassen. Damit gibt es erstmals eine massentaugliche, rechtlich anerkannte Software für elektronische Unterschriften. Die Zertifizierung der leicht einsetzbaren Software wird den Durchbruch der Elektronischen Signatur in allen gängigen Geschäftsprozessen einleiten. Der Bürger kann nun seine Signaturkarte kostenlos bei den Sparkassen abholen. **z**

Marktforschung:

Symantec ist Marktführer in der E-Mail-Sicherheit

Symantec ist vom Marktforschungsunternehmen Gartner als führender Anbieter im Markt für E-Mail-Sicherheit bewertet worden. In seinem Bericht setzt Gartner die Schwerpunkte auf Spamfilter, E-Mail-Verbindungsmanagement, erweiterten Virenschutz, E-Mail-Intrusion Prevention und E-Mail-Zustellung.

Erst kürzlich hat Gartner Symantec in seinem Magic Quadrant (siehe unten) eine führende Stellung in folgenden Schlüsselmärkten zuerkannt: Unternehmensvirenschutz, Managed Security Services, Softwareverteilung, Netzwerk Intrusion Detection, E-Mail-Sicherheit, aktive E-Mail-Archivierung, Application Server Management sowie Backup und Wiederherstellung für Unternehmen.

Nach der Fusion mit VERITAS bietet Symantec die umfassendste Reihe an Lösungen für das E-Mail-Management an, die sowohl Spamfilter und Virenschutz als auch E-Mail- und Inhaltsarchivierung bietet. Unternehmen können aus einer Reihe von Software, Hardware und web-basierten E-Mail-Sicherheitslösungen wählen, darunter Symantec Brightmail AntiSpam, Symantec Mail Security für Microsoft Exchange, Symantec Mail Security für Domino, Symantec Mail Security 8200 Series und Symantec Mail Security 8100 Series.

Zahlreiche Einsatzmöglichkeiten erlauben die Integration in die komplexesten E-Mail-Umgebungen. Die patentierte TCP-Traffic-Shaping-Technologie zur Regelung des Datenaufkommens reduziert die Gesamtmenge an E-Mail-Nachrichten, bevor diese das Kundennetzwerk erreichen. Durch die Reduktion des E-Mail-Volumens senken die E-Mail-Sicherheitslösungen von Symantec die Infrastrukturkosten und stellen sicher, dass die E-Mail-Kommunikation jederzeit sicher und verfügbar ist.

Das zunehmende Spamaufkommen stellt für viele Unternehmen ein drückendes Problem dar. Die E-Mail-Sicherheitslösungen von Symantec verfügen über die Symantec Brightmail AntiSpam-Technologie, die über 20 Spamschutz-Verfahren einsetzt. Mit einer Effizienzrate von 95 Prozent und der höchsten Genauigkeitsrate der Branche (99,9999 Prozent) gegen Fehlalarme stellen die Lösungen sicher, dass legitime E-Mails korrekt abgeliefert und Spam vom E-Mail-Eingang ferngehalten wird.

Über Magic Quadrant

Magic Quadrant, ein Begriff der von der Gartner Group geprägt und im Juli 2005 urheberrechtlich geschützt wurde, ist die grafische Darstellung eines Marktes in einem bestimmten Zeitraum. Er versinnbildlicht Gartner's Analyse, wie bestimmte Anbieter sich nach von Gartner definierten Kriterien innerhalb dieses Marktes positionieren. Magic Quadrant stellt lediglich ein Forschungsinstrument dar und will keine speziellen Handlungsanweisungen liefern. **z**

SOFTWARE FÜR KOMMUNEN

Kommunix

ADVIS[®]
[Ausländeramt]

Einbürgerung
[Einbürgerungen]

VisitVIS
[Verpflichtungserklärungen]

Bürgerservice
KommVIS / KommWEB

- Module
- Bewohnerparkausweise
- EU-Schwerbehindertenausweise
- Sonderparkausweise
- Ausnahmegenehmigungen
- Baustellenehmigungen
- Befreiung von Gurt- und Helmpflicht
- Fischereischeine
- Schwerbehindertenausweise

FundVIS / FundWEB

- Fundsachenverwaltung
- Online-Fundbüro

kostenlose Infos anfordern unter
02303/254700 oder info@kommunix.de

Kommunen sind der bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber:

Nachhaltigkeit erfordert von den Kommunen mehr Investitionen und Bauen

Von Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband e. V.

Die bayerischen Kommunen konnten sich im Jahr 2004 über einen Anstieg ihrer Steuereinnahmen um 12,8 % auf 9.428,3 Millionen Euro freuen. Diese Mehreinnahmen von über 1 Mrd. Euro müssen die Kommunen hauptsächlich für Sanierung, Erhalt und Ausbau ihrer Infrastruktur ausgeben - im Sinne einer nachhaltigen Zukunftsvorsorge.

Als Gestalter des unmittelbaren Lebensumfelds des Bürgers sind die Kommunen ein bedeutender öffentlicher Bauauftraggeber. Von den Baumaßnahmen der öffentlichen Hand in Deutschland in Höhe von 25, Mrd. € werden 15,4 Mrd. € das sind 60,3 %,

Baumaßnahmen der öffentlichen Hand 2003 insgesamt 25,5 Mrd. €	
Länder 18,2 %	Kommunen* 60,3 %
Bund 21,4 %	

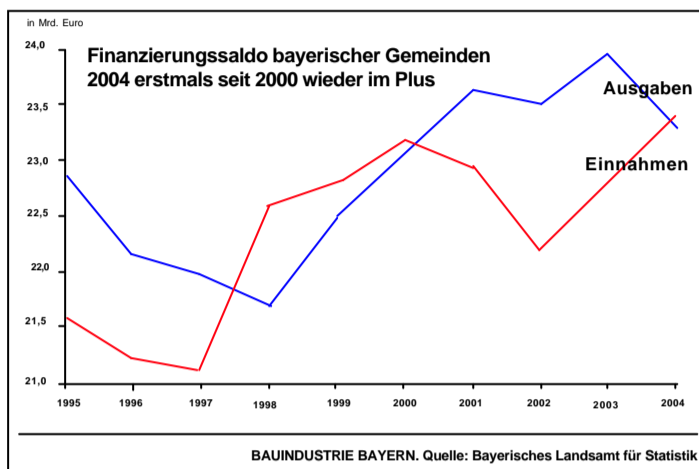
Quelle: Bayerisches Statistisches Bundesamt

von Städten, Gemeinden und Landkreisen getätigt. Mit einem Anteil von 60,3 % am gesamten öffentlichen Bauvolumen sind die Kommunen der mit Abstand bedeutendste öffentliche Bauauftraggeber.

Seit 2000 anhaltend hohes Defizit

Weiter ansteigende Ausgaben trotz rückläufiger Einnahmen haben die kommunalen Haushalte 2001 in das Defizit rutschen lassen. 2002 hat sich das Minus ausgeweitet, 2003 konnte der

Fehlbetrag nur leicht vermindert werden. Ein deutlicher Zuwachs ihrer Einnahmen und ein rückläufiger



figen Ausgabenvolumen brachte die Kommunalhaushalte 2004 wieder in ein leichtes Plus.

Einnahmenüberschuss bei den Großstädten

Die Verbesserung der kommunalen Einnahmen ist hauptsächlich auf die Gewerbesteuer zurückzuführen. Im Vergleich zu 2003 nahm deren Aufkommen 2004 um 48,1 % zu; dieser hohe Zuwachs zeigt andererseits auf welche unsichere Steuerquelle die Kommunen derzeit zu einem bedeutenden Teil angewiesen sind.

Und zudem waren die kommunalen Mehreinnahmen aus dem Gewerbesteueraufkommen zwischen Stadt und Land höchst ungleich verteilt. Davon profitierten nämlich hauptsächlich die Kreisfreien Städte in Bayern. Als Reaktion auf die Fehlbeiträge in ihren Haushalten haben

sen, notwendige Reparaturen und Sanierungsaufwand nicht getätigt werden, so zieht das oft weit höhere Folgekosten in der Zukunft nach sich. Wer an solchen Ausgaben „spart“, der fördert den Substanzverzehr, der verschleudert letztlich Geld des Steuerzahlers.

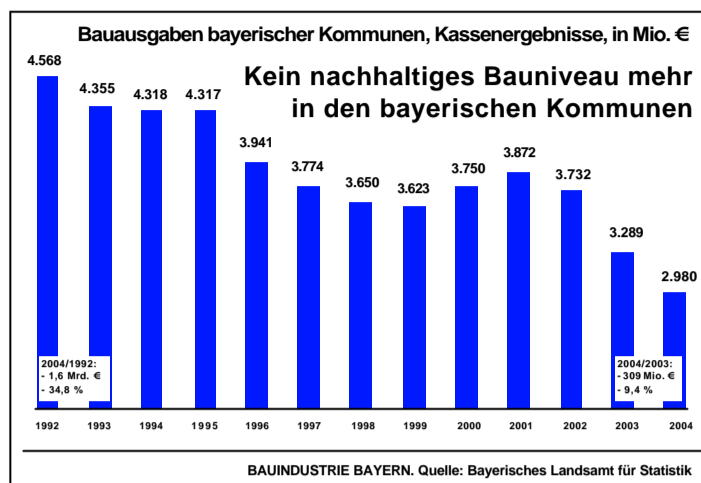
Hohes Erhaltungsdefizit bei Verkehrsinfrastruktur

Die Kommunen tragen Verantwortung für einen bedeutenden Teil des öffentlichen Vermögens. Dazu zählen kommunale Bauten, Straßen, Brücken, Kanäle und andere Aktiva. Doch aufgrund ihres veralteten Rechnungswesens, der Kameralistik, kennen sie weder den Wert ihres Vermögens noch dessen Wertverfall. Dieses Problem betrifft alle staatlichen Ebenen und die Folgen sind verheerend. Denn wer nicht weiß, wie es um den Wert seines Vermögens steht, der hat wenig Anreiz, mit Erhaltungs- und Sanierungsinvestitionen etwas dagegen zu unternehmen

Bei den Bauausgaben zu sparen, das kann unter Umständen später teuer werden. Wenn Erhaltungsaufwendungen unterlassen, notwendige Reparaturen und Sanierungsaufwand nicht getätigt werden, so zieht das oft weit höhere Folgekosten in der Zukunft nach sich. Wer an solchen Ausgaben „spart“, der fördert den Substanzverzehr, der verschleudert letztlich Geld des Steuerzahlers.

Wer am Bau „spart“, der zahlt später drauf

Bei den Bauausgaben zu sparen, das kann unter Umständen später teuer werden. Wenn Erhaltungsaufwendungen unterlassen



sen, notwendige Reparaturen und Sanierungsaufwand nicht getätigt werden, so zieht das oft weit höhere Folgekosten in der Zukunft nach sich. Wer an solchen Ausgaben „spart“, der fördert den Substanzverzehr, der verschleudert letztlich Geld des Steuerzahlers.

Hohes Erhaltungsdefizit bei Verkehrsinfrastruktur

Die Kommunen tragen Verantwortung für einen bedeutenden Teil des öffentlichen Vermögens. Dazu zählen kommunale Bauten, Straßen, Brücken, Kanäle und andere Aktiva. Doch aufgrund ihres veralteten Rechnungswesens, der Kameralistik, kennen sie weder den Wert ihres Vermögens noch dessen Wertverfall. Dieses Problem betrifft alle staatlichen Ebenen und die Folgen sind verheerend. Denn wer nicht weiß, wie es um den Wert seines Vermögens steht, der hat wenig Anreiz, mit Erhaltungs- und Sanierungsinvestitionen etwas dagegen zu unternehmen

Rückgang der kommunalen Ausgaben für Straßenbau und Abwasserentsorgung

Seit 2001 nahmen die Ausgaben der Kommunen für den Straßenbau um 28,2 % ab.

Deutlich rückläufig sind auch die Kommunalausgaben für die Abwasserentsorgung. Innerhalb eines Jahrzehnts haben sie sich beinahe halbiert. Auch hier besteht das Risiko: Ausgaben vermieden - aber nicht gespart. Denn viele Kommunen haben ihre Ausgaben für die Abwasserentsorgung gekürzt, obwohl sie keine verlässlichen Daten über den Zustand ihres Kanalnetzes haben. Dafür sind umfangreiche Untersuchungen notwendig - und sie sind auch gesetzlich vorgeschrieben. So schreibt die Bayerische Eigenüberwachungsverordnung den Kommunen vor, in bestimmten Abständen das Kanalnetz und die zugehörigen Bauwerke auf Bauzustand, Betriebssicherheit und Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind zu dokumentieren und fünf Jahre lang aufzubewahren.

Überwachungsverordnung nicht korrekt umgesetzt

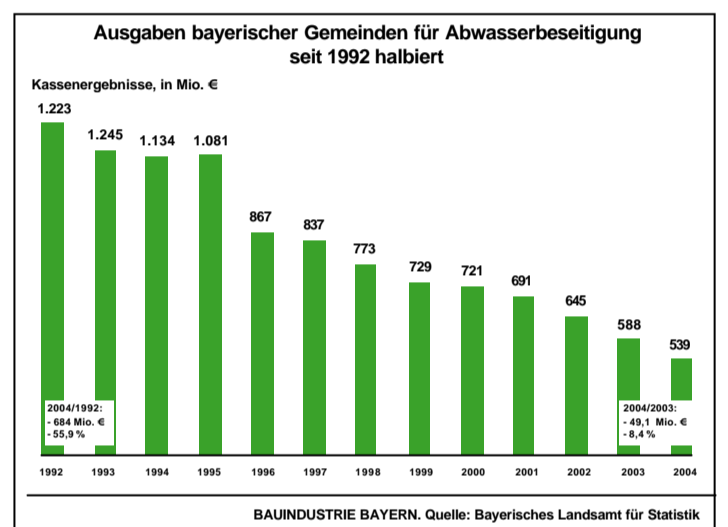
Nach Erkenntnissen der auf diesem Markt tätigen Ingenieurbüros und bauausführenden Unternehmen wird die seit 1995 bestehende Eigenüberwachungsverordnung von den Kommunen jedoch nur sporadisch und sachlich unzureichend umgesetzt. Die geplante flächendeckende Schadenserfassung bis zum Jahr 2005 ist ebenfalls nicht gewährleistet. Im Gegenteil: Aufgrund der prekären Finanzsituation der Kommunen wurde bereits eine Verlängerung der Fristen bei der Schadenserfassung und -kontrolle sowie eine Aufweichung von Grenzwerten gestattet.

Das ist kein auf Bayern beschränktes Problem. Fachleute halten ein Sechstel des öffentlichen Kanalnetzes in Deutschland für sanierungsbedürftig. Es geht um gewaltige Summen: Bundesweit wird mit 75 Milliarden Euro

gerechnet. Auf Bayern dürften rund 7,5 Mrd. € entfallen.

Möglicherweise tickt also bereits vielerorts eine Zeitbombe im Untergrund. Schätzungen zufolge dürften deutschlandweit rund 400 Millionen Kubikmeter Abwasser aus defekten Kanälen entweichen - eine Menge, die einen Güterzug füllen würde, der zweieinhalbmal um den Globus reicht.

Leckende Abwasserkanäle sind eine Gefahr für Umwelt und Ge-



sundheit. Wenn ungeklärte Abwässer durch Lecks entweichen, können Trinkwasserreservoirs verunreinigt und Badeseen verschmutzt werden, mit hohen Folgekosten und beträchtlichen Gesundheitsgefahren.

Die Kommunen, welche die Eigenüberwachungsverordnung noch nicht umgesetzt haben, sind aufgerufen, dies unverzüglich nachzuholen.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf Gebührenbasis

Bislang konnten die bayerischen Kommunen bei der Abwasserentsorgung wie der Wasserversorgung auf große Unterstützung des Freistaats bauen. Doch diese Mittel laufen aus - und das ist so richtig. Nachdem bayernweit nahezu Vollversorgung mit Kanälen erreicht ist, gibt es keinen Grund mehr, dass das Land - von Ausnahmen abgesehen - auf diesem Gebiet mit Fördergeldern tätig wird.

Die Kommunen sollten daher bei Wasser und Abwasser auf Gebührenfinanzierung umstellen. Bei beiden Kategorien ist genau zuordenbar, wer der Nutzer ist. Wasser und Abwasser können wie ein normales Gut bepreist werden. Eine Steuerfinanzierung ist jedenfalls nicht mehr nötig.

Privatwirtschaftliche Lösungsansätze

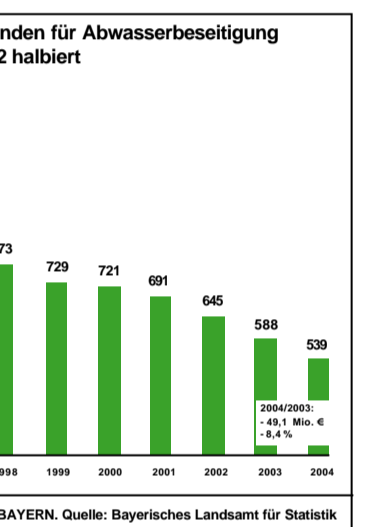
Privatwirtschaftliche Lösungsansätze wie PPP (Public Private Partnership) oder die vollständige Privatisierung sollten nicht hauptsächlich deshalb zum Zuge kommen, weil die öffentliche Hand ihre Mittel anderweitig ausgibt. Für privatwirtschaftliche Lösungen sprechen der der Effizienzgedanke und Subsidiaritätsprinzip. Häufig sind Private deutlich billiger als der Staat.

Damit die Kommunen künftig besser über den Wert ihrer Infrastruktur (Straßen und Kanäle) sowie ihrer Hochbauten Be-

scheid wissen, müssen sie baldmöglichst zu einem modernen Rechnungswesen mit Erfassung des Vermögenswertes und dessen Entwicklung im Lauf der Zeit übergehen. Die Kameralistik hat als ein über 450 Jahre altes Rechnungslegungssystem ausgedient.

Hilfestellung durch den Bauindustrieverband

Noch zögern viele Kommunen, diesen Schritt zu tun, weil sie vor allem Probleme sehen, ihr gesamtes Vermögen zur Erstellung ihrer Eröffnungsbilanz richtig zu bewerten. Hier ist der Bayerische Bauindustrieverband zusammen mit der vbw bereit, den bayerischen Kommunen zu helfen. Im Auftrag der beiden Verbände wird in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Innenministerium, dem Kommunalen Prüfungsverband, dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Landkreistag ein Leitfaden zur Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens erstellt. Dieses „Vademe-



cum“ für die kommunale Bilanz, das zum Jahresende 2005 veröffentlicht werden wird, soll den Kommunen Rechts- und Anwendungssicherheit mit detaillierten Beispielen und nachvollziehbarer Handhabung für die Praxis bieten. Dann gibt es für die Kommunen kein Hindernis mehr, die Kameralistik aufzugeben und ein modernes Rechnungswesen einzuführen.

Seminar in Thierhaupten:

Dorfentwicklung in schweren Zeiten

Der demographische Wandel, Strukturwandel und leere Kassen - die bayerischen Kommunen gehen schweren Zeiten entgegen. Wie trotzdem Gemeindeentwicklung möglich sein kann, wollen die drei bayerischen Schulen der Dorf- und Landentwicklung im November mit Seminaren verdeutlichen. Die Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) Thierhaupten, an der auch die Bezirke Schwaben und Oberbayern engagiert sind, bietet dazu ein regionales Programm für Fachleute und politisch Verantwortliche. Dabei stellen Vertreter des Bayerischen Gemeindetags, der Arge Schulen der Dorf- und Landentwicklung, der Bayerischen Architektenkammer und der Verwaltung für Ländliche Entwicklung Praxisbeispiele vor. Neben Handlungsansätzen zu Themen wie Innenentwicklung und Bodenmanagement wird über europäische Förderpolitik für den ländlichen Raum ab 2007 informiert. Die Tagung findet am Mittwoch, 9. November statt. **Anmeldung:** Tel.: 08271/41441, Fax 08271/41442, eMail: info@sdl-thierhaupten.de, möglich. **Weitere Veranstaltungen:** SDL Planstetten am 15. November und SDL Klosterlangheim am 17. November.

Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“

RA Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaats brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“

Prof. Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Mobilität braucht Infrastruktur



Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.

BAUINDUSTRIE BAYERN

www.bauindustrie-bayern.de

Leben in der Stadt der Zukunft:

Wieder entdeckte Qualität

Studie prognostiziert Abschied vom urbanen Pessimismus

In der Nach-68er-Zeit breitete sich in Deutschland ein urbaner Zukunftspessimismus aus. Die Sozialforschung prognostizierte den Niedergang der Städte und klagte über ihre „Unwirtlichkeit“ als Anstiftung zum Unfrieden. „Rettet unsere Städte jetzt!“ lautete die dramatische Forderung des Deutschen Städtetages 1971. Das war einmal. Jetzt lautet die Leitlinie eher: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen.“ Fakt ist: Die Deutschen entdecken die Qualität des Stadtlebens wieder, die Innenstadt als lebenswerten Wohnraum, in dem sich die Menschen wohlfühlen können.

Fast drei Viertel der Bevölkerung (71%) schätzen die historische Innenstädte als touristische Attraktion, finden an den gepflegten Grün- und Parkanlagen Gefallen (71%) und freuen sich über die gute Erreichbarkeit der Innenstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln (69%). Dies geht aus einer aktuellen Repräsentativstudie des BAT Freizeit-Forschungsinstituts unter dem Titel „Besser leben, schöner wohnen? Leben in der Stadt der Zukunft“ hervor.

Moderner Sesam-öffne-dich

„In den Wunschvorstellungen der Bevölkerung gleicht die Stadt der Zukunft einem modernen ‚Sesam-öffne-dich‘“, so Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, der Wissenschaftliche Leiter des Instituts. „Wichtig und attraktiv ist fast alles, was das Leben in der Stadt gut, schön und lebenswert macht.“ Gewünscht wird neben einem vielfältigen Kulturangebot (67%) und einem abwechslungsreichen öffentlichen Leben auf Straßen und Plätzen (66%) eine hohe Erlebnisqualität im Wohnumfeld (64%). Zu diesem urbanen Wohlfühlen gehört die Sauberkeit (68%) ebenso wie das Sicherheitsgefühl (62%).

In der Stadt der Zukunft wollen die Menschen auch neue Wohnformen zur Miete oder zum Eigentum - von der Baugemeinschaft über das Generationenhaus bis zur Senioren-WG - verwirklichen können. Eine Antwort auf die demografische Ent-

wicklung in Deutschland werden in Zukunft Mehr-Generationen-Wohngemeinschaften sein.

Zwölf von hundert Bundesbürgern präzisieren diesen Wunsch ganz konkret. Gemeinschaftsräume werden zum erweiterten Kinderzimmer und eröffnen insbesondere berufstätigen Eltern und Alleinerziehenden Freiräume für Aufsicht und Betreuung. „Gemeinsam statt einsam“ heißt das Wohn- und Lebenskonzept in der Stadt der Zukunft: Mehr-Generationen-Haus und Baugemeinschaft als Heimplatz und betreutes Wohnen.

Unter Gleichgesinnten

„Die Wohnung gilt - nach der Kleidung - als die ‚dritte Haut‘ des Menschen: Status, Selbstbild, Lebensstil - alles spiegelt sich hier wider. Jeder vierte Bundesbürger (26%) will in Zukunft in einer Wohnanlage mit Menschen in der Nachbarschaft leben, die „gleiche oder ähnliche Interessen haben.“ Breiten sich dann spezielle Wohnquartiere nur für Singles oder Paare, Familien, Rentner oder Zuwanderer aus? Opaschowski: „Immer mehr Menschen wollen in Zukunft Lebensstile und nicht nur Wohnhäuser kaufen. Wohnungsbaugesellschaften werden dann bemüht sein, Wohnsiedlungen mit gemeinsamen Interessen zu offerieren und ein Leben unter Gleichgesinnten zu garantieren.“

Fakt ist, dass sich im städtischen Leben die Menschen möglichst jenseits von sicht- und

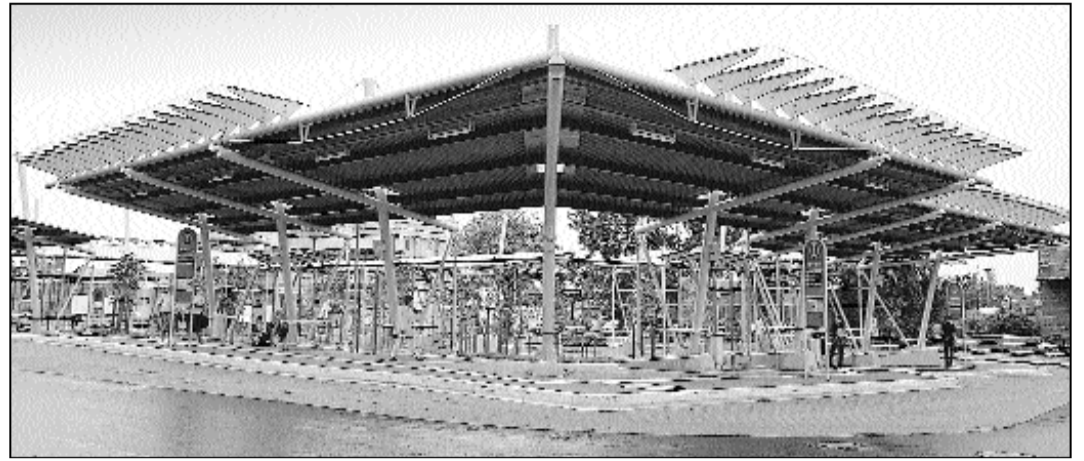
spürbarer Not und Notwendigkeit bewegen wollen. Hier gibt und zeigt man sich anders als zu Hause, konsum- und kontaktfreudiger, lebens- und unternehmungslustiger. Stadtleben bedeutet für viele: Tapetenwechsel. Szenenwechsel. Rollenwechsel. Tatsache ist aber auch, dass in den Großstädten Deutschlands die Kinder in Zukunft Minderheiten-Status bekommen. Die Bundesbürger machen die Erfahrung, dass heute in den Kommunen Mängel fast nur noch verwaltet werden. Das Stadtbild wird mehr durch Schlaglöcher als durch Neubauten geprägt.

Mängel in der Kinder- und Familienpolitik

Kritisiert werden neben den Schlaglöchern auf den Straßen vor allem Mängel in der Kinder- und Familienpolitik - von den fehlenden Kinderspielflächen (26%) über mangelnde Ganztagsbetreuung für Kinder (26%) bis hin zu familienfeindlichen Strukturen (15%). Und von bürgernaher Verwaltung können manche Bewohner nur träumen. Statt gemeinsam gegen die Mängel vor Ort anzugehen, ist eher eine mangelnde Kooperation feststellbar (22%).

Beim Gedanken an das Leben in der Stadt der Zukunft eskalieren die Probleme - vor allem im sozialen Bereich: Erwartet werden hohe Mieten, die kaum mehr bezahlbar sind und wachsende Kriminalität. Es geht die Sorge um, dass das Stadtbild der Zukunft durch Stress und Unruhe sowie durch Armut und Elend geprägt sein wird.

Professor Opaschowski: „Der Wohnwunsch ‚Bezahlbare Wohnung in zentraler Lage‘ gleicht einer Quadratur des Kreises. Denn Citywohnen stößt erfahrungsgemäß schnell an die Gren-



Die Gestaltung des Busbahnhofs in Halberstadt wird von Städteplanern sehr gelobt.

ze der Finanzierbarkeit.“ Arbeiter (42%) sowie Bezieher niedriger Einkommen unter 1.750 Euro (36%) äußern diesen Wunsch am meisten - wohlwissend oder ahnend, dass dieser Wunsch in Zukunft kaum einlösbar ist. Hier können Baugemeinschaften Abhilfe schaffen, in denen Gleichgesinnte zusammen planen, als Bauherren, Investoren und Bewohner fungieren und Wohnen in der Stadt zu bezahlbaren Preisen möglich machen.

„Wenn Städte eine Zukunft haben wollen, können sie sich nicht nur als Wirtschaftsstandort profilieren“, so Opaschowski. „Genauso wichtig ist ein positives Selbstbild: Gastfreundlich. Welt offen. Tolerant.“ Die Zeit der Stadtfucht geht zu Ende. Sinkende Lebensqualität auf dem Lande und hohe Energiepreise beschleunigen den Trend „Zurück in die Stadt“. Innerstädtische Wohnlagen gewährleisten eher ein „Rundum-versorgt-Sein“-Gefühl. Insbesondere Menschen in der nachelterlichen Lebensphase kehren den Schlafstädten den Rücken und suchen zur eigenen Sicherheit die Garantie der Vielfalt von Arbeit, Freizeit, Kultur und sozialen Diensten in Wohnortnähe. **DK**

Wer steht schon gern im Regen?

ÖPNV-Service beginnt schon im Wartebereich

Die Fahrgäste wollen nicht nur pünktlich, sondern auch sicher und auch trocken an ihrem Ziel ankommen. Unterstände an den Haltestationen sollen die Wartenden vor lästiger Witterung schützen. Neben der Schutzfunktion müssen die Wartehallen gut einsehbar und vandalensicher sein.

Freundliche Optik und eindeutiger Wiedererkennungscharakter sind dabei Forderungen der Planer. In Zeiten von Wirtschaftlichkeit und Einsparung wird besonders auf die Betriebskosten geachtet. Sind Reinigung und Wartung pflegeleicht, wird auch die Haushaltskasse geschont. Die Dienstleistung ÖPNV ist erst perfekt, wenn auch die Wartezonen komplett und funktional ausgestattet sind - mit Fahrplanta-feln, Sitzen, Abfallkörben, Fahrradständern und mehr ... Ein erfahrener und kompetenter Partner für Kommunen und ÖPNV-Gesellschaften ist die Firma Georg Langer Blechwarenfabrik in 38685 Langelsheim.

Seit Jahrzehnten bietet das Unternehmen aus eigener Planung und Produktion individuelle Lösungen zur Freiraumgestaltung an. Das Lieferprogramm ermöglicht die „Rundum-Ausstattung“ von Haltestationen für Bus

und Bahn. Für die Ausführung stehen Materialien wie Stahl, Edelstahl, Glas, Aluminium sowie Holz zur Verfügung. Materialkombinationen ermöglichen nahezu jede denkbare Gestaltung. Um dauerhafte Haltbarkeit aller Stahlteile zu gewährleisten werden sie in der firmeneigenen Verzinkerei nach Din EN ISO 1461 feuerverzinkt. Farbige Pulverbeschichtungen in RAL-Tönen sind zudem lieferbar.

Obwohl das riesige Standardprogramm fast alle Bedürfnisse abdeckt, sind individuelle, standortbezogene Sonderanfertigungen das Spezialgebiet von Langer. Ein beeindruckendes Beispiel hierfür aus jüngster Zeit ist der Busbahnhof in Halberstadt.

Der bequeme Komplettservice beinhaltet alle Leistungen - von der Beratung, Planung, Produktion bis zur Anlieferung und „vor-Ort“-Montage inkl. der erforderlichen Fundamentarbeiten. **JK**

Neue Erwerbstypen drängen in den Wohnungsmarkt

Landesbausparkasse erwartet steigenden Wohnungsbedarf

Bis zum Jahr 2015 werden in Bayern rund 410000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Allein in Oberbayern wird die Zahl der Haushalte, die nach Wohnraum fragen, um 196000 ansteigen, was einer Steigerung von 10 Prozent entspricht. Dies besagt eine Studie des Berliner Forschungsinstituts Empirica, die von der Bayerischen Landesbausparkasse in Auftrag gegeben wurde.

„Dies ist eine klare Botschaft an alle Skeptiker, die der Immobilie ungünstige Perspektiven prophezeien“, erklärte der Sprecher der Geschäftsleitung der LBS, Franz Wirthner, bei einer Pressekonferenz in München.

Der Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik kämpft seit Jahren mit relativ niedrigen Umsätzen und sinkender Wohnungsbautätigkeit. Auch Bayern bleibe davon nicht verschont. Trotzdem sei hier die Situation stabiler als anderswo. Es entstünden mehr Wohnungen und weniger stehen leer als in anderen Bundesländern. Auch wenn sich die Bautätigkeit von 1995 mit acht Wohneinheiten je 1000 Einwohner bis zum Jahr 2004 halbiert habe, liege Bayern damit noch immer über dem Bundesdurchschnitt. Die marktaktiven Leerstände im Geschosswohnungsbau sind mit 1,3 Prozent gemessen am gesamten Wohnungsbestand auch nur gering.

Insbesondere der Wohnungsmarkt in München und Oberbayern befinde sich nach der Studie in einer vergleichsweise „guten Verfassung“. Neben dem noch anhaltenden Beschäftigungs- und Bevölkerungsanstieg in der Region ist für die Immobilien-nachfrage vor allem entschei-

dend, dass die Zahl der Haushalte zunimmt. Deshalb ist in den nächsten zehn Jahren auch nicht mit einer abnehmenden Wohnungsnachfrage zu rechnen. Auch gegenüber anderen Großstädten schneidet die bayerische Landeshauptstadt sehr gut ab. München liegt mit 5,2 genehmigten Wohneinheiten je 1000 Einwohnern deutlich über Köln oder Hamburg. Allerdings ist der individuelle Wohnungsbau in München unterrepräsentiert. In diesem Segment der Ein- und Zweifamilienhäuser liegen den Ergebnissen der Wohnungsmarktstudie zufolge Potenziale. Ebenso besteht ein Bedarf an Eigentumswohnungen

Lebensabschnitts-Immobilie

Die Einstellungen zum Wohneigentum befinden sich nach der Studie im Wandel. Statt des einen Heims für das ganze Leben investieren heute immer mehr Käufer in die „Lebensabschnitts-Immobilie“; die sie je nach persönlicher Lebensphase erwerben und wieder verkaufen.

Deshalb müssten sich die Bauherren und Investoren auf die neuen Bedürfnisse der Kunden einstellen. Für die Anschaffung von Wohneigentum würden ra-

tionale Motive immer bedeutender, die emotionale Komponente des „Nestbaus“ oder die Selbstverwirklichung treten in den Hintergrund.

Der Lebensabschnittserwerber ist in Bayern mit 29 Prozent am stärksten vertreten. Er befindet sich gerade in einer Familien-gründungs- beziehungsweise -erweiterungsphase. Gemäß der privaten und beruflichen Situation entscheiden beim Kauf die Verkehrsanbindung zum Arbeitsplatz und die kinderfreundliche Lage. Ebenfalls stark vertreten ist der rationale Erwerber mit 24 Prozent. Zu dieser Gruppe gehören sowohl jüngere als auch ältere Haushalte mit einer sehr pragmatischen Einstellung zur Eigentumsbildung.

Das Eigentum darf nicht wesentlich teurer kommen als eine Mietwohnung. Der Altersvorsorger (23 Prozent) sucht eine seniorengerechte Wohnung in guter Lage. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, tauscht er häufig seine größere Immobilie im Umland gegen eine Eigentumswohnung in der Stadt. Ein noch wenig verbreiteter Erwerbstyp ist der Weichensteller. Er hat früh Karriere gemacht und ein dementsprechend hohes Einkommen. Die Wohnimmobilie ist für ihn ein Sparanzug, mit dem er Weichen für den Aufbau seines Vermögens stellt. Ändern sich seine Lebensumstände, möchte er die Wohnung wieder gewinnbringend veräußern. **E. Scholl**

Riebel Projektentwicklung:

Optimales Zusammen-Spiel

- Schlüssige Immobilienkonzepte
- Nutzerorientierte Standorte
- Bedarfsgerechte Planung
- Solide Bauleistung
- Zuverlässige Projektsteuerung
- Wirtschaftliche PPP-Modelle für Städte und Gemeinden

Riebel - mit Sicherheit die beste Lösung!



BAUEN FÜR BESSERES LEBEN

Xaver Riebel Bau München GmbH & Co. KG
Landäbanger Straße 368
80687 München
Ein Unternehmen der Riebel-Firmengruppe
www.riebel.de

Riebel Holding GmbH:

Behauptet in schwerer Zeit

Geschäftsergebnisse und Ausblicke - Auftragslage stimmt zuversichtlich

„Die schlechten Rahmenbedingungen können wir nicht beeinflussen. Auch der unvermindert harte Verdrängungswettbewerb über den Preis macht uns sehr zu schaffen. Trotzdem haben wir uns ordentlich behauptet und viele wertvolle Arbeitsplätze für tüchtige Menschen bewahrt“, zog der Senior-Chef der Riebel-Firmengruppe, Friedrich Riebel, nunmehr Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Fakt ist: Auch im 85. Jahr ihrer Gründung schreibt die mittelständische Unternehmensgruppe im Vergleich zu anderen Unternehmen weiterhin eine der wenigen positiven Geschichten in der arg gebeutelten Baubranche.

Im Geschäftsjahr 2004/2005 (abgeschlossen am 31.03.2005) erzielte die Riebel-Gruppe mit der Firma Xaver Riebel Holding an der Spitze eine Betriebsleistung von rund 190 Mio. Euro. Bereinigt um innerbetriebliche Leistungen ergibt sich ein Umsatz von knapp 170 Mio. Euro.

Leistungsträger

Größter Leistungsträger mit rund 80 Mio. Euro ist dabei der Baubetrieb in Mindelheim mit seinen Sparten Hoch- und Ingenieurbau sowie Straßen- und Tiefbau mit Asphaltmischanlagen. Gemeinsam mit den Tochterfirmen, dem Gleisbau mit Gleisbaustoffhandel, dem Fertigteilerwerk Pforzen und der Bavaria Bauträger ergeben sich für den Mindelheimer Bereich mit Beteiligungen zusammen rund 109 Mio. Euro abgerechnete Leistungen.

Der zweitgrößte Unternehmensbereich ist die Xaver Riebel Bau München, die seit über zehn Jahren erfolgreich Projektentwicklungen durchführt. Dieser Bereich erreichte einen Umsatz von rund 27 Mio. Euro. Die Xaver Riebel Baustoff GmbH Bad Wörishofen wiederum konnte zusammen mit anteiligen Beteiligungen insgesamt einen Umsatz von rund 20 Mio. Euro erwirtschaften. Mit der Mehr-

heitsbeteiligung an der Bauunternehmung Haseitl, Schongau (anteilig 11,5 Mio. Euro), ergibt sich ein Gesamtumsatz von 169 Mio. Euro.

„Geiz ist geil“ auch in der Bauwirtschaft

Auf die Frage nach den Gründen für das verbesserungswürdige Ergebnis der sonst erfolgsverwöhnten Firmengruppe meinte Riebel: „In allen Sparten hat uns ein geradezu unerbittlicher Preiswettbewerb getroffen. „Geiz ist geil“ gilt jetzt auch in der deutschen Bauwirtschaft. Darunter leiden besonders ordentliche und solide mittelständische Firmen wie wir es sind.“

Darüber hinaus beklagte Riebel den „Moloch deutsche Bürokratie“, der es zunehmend erschwere, erfolgreich zu wirtschaften. Im öffentlichen Bereich seien trotz dringend notwendiger Bauprojekte die Kassen leer. Sinnvoll sparen sei ein Fremdwort im öffentlichen Bereich geworden. Und schließlich habe das Unternehmen durch schlechte Witterung mindestens einen Monat wertvolle Bauzeit verloren. Die zusätzlich aufgelaufenen Kosten konnte Riebel nach eigenen Worten „nur durch einen beherzten Griff in die eigene „Kriegskasse“ decken“.

Existenzielle Frage

Bemerkenswert ist, dass die Riebel-Gruppe trotz unerbittlichem Wettbewerb über den Preis die Zahl der eigenen Mitarbeiter mit gut 830 gehalten hat. Dennoch stellt sich Riebel

zufolge die existenzielle Frage: „Können wir mit tüchtigen und umsichtigen eigenen Bauleuten in Deutschland auf Dauer noch ordentlich Geld verdienen und bestehen?“ Mit einer Reihe konkreter Vorschläge nimmt der Senior-Chef im Geschäftsbericht der Firmengruppe dazu Stellung. Hauptpunkte seiner Kritik sind ungerechte Steuern und Abgaben, lohngelundene Nebenkosten und Gesetzgebungen, die dem fleißigen Menschen viel zu wenig Nettolohn belassen. Das erträgliche Maß sei hier weit überschritten.

Dass trotz allem „begründeter Optimismus“ die Oberhand im Hause Riebel behält, liegt an der erfreulichen Auftragslage für die laufende Bausaison. Erst jüngst erhielt das Unternehmen den Bauauftrag (in Arbeitsgemeinschaft mit ATS, KE) im Wert von etwa 10 Mio. Euro für den Lückenschluss der Autobahn A 96 zwischen Westheim und Memmingen.

Im Auftrag der Landeshauptstadt baut Riebel für etwa 12 Mio. Euro an der Modernisierung der Münchner Kläranlage Gut Großlappen. Und in Schöfolding nahe Landsberg wurde der Grundstein für neue Fir-

Bosnien im Visier:

Ettringen knüpft Wirtschaftskontakte

Neu gegründeter Gewerbeverband von Donji Zabar auf Besichtigungstour im Unterallgäu

Ettringen (wkl). Die Gemeinde Ettringen und der dortige Verein der Selbständigen waren kürzlich Gastgeber für eine Delegation des in der bosnischen Stadt Donji Zabar neu gegründeten Gewerbeverbandes PUT. Erste Kontakte zwischen dem Unterallgäu und dem noch immer vom Bürgerkrieg gezeichneten Balkanland wurden im Sommer geknüpft. Jetzt folgte ein erster „offizieller“ Besuch an der Wertach.

Die neunköpfige Delegation aus Donji Zabar wurde von PUT-Vorsitzendem Josipovic Blagojević angeführt. Mit dabei waren außerdem Mitglieder des neu gegründeten Gewerbeverbandes, Unternehmer, sowie Bürgermeister Savo Jovicic und der Vorsitzende des dortigen Wirtschaftsausschusses. Corinna Göring, die Vorsitzende des Ettringer Vereins der Selbständigen, und Bürgermeister Robert Sturm hatten für die Gäste ein umfangreiches und informatives Besichtigungs- und Kulturprogramm zusammen gestellt.

Höhepunkt neben vielen Betriebsbesichtigungen, Führungen und kulturellen „Schmankerln“ war ein Arbeitsgespräch, an dem auch der schwäbische CSU-Vorsitzende und Europaabgeordnete Markus Ferber sowie MdL Franz Pschierer, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, teilnahmen und ihre Unterstützung zusagten.

Von Normalität keine Spur

Seit zehn Jahren schweigen die Waffen in Bosnien-Herzegowina. Doch von Normalität kann in dem kleinen Balkanland nach dem Ende des Bürgerkrieges noch lange keine Rede sein. Der Wiederaufbau der Infrastruktur und der Wirtschaft wird noch Jahre und Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Nach Einschätzung von Experten hinkt Bosnien den bundesdeutschen Standards bis zu 15 Jahre hinterher.

Diese Situation vor Augen, ist den bosnischen Gästen an einem intensiven Kontakt und Erfahrungsaustausch mit deut-

mengebäude der Firma Delo Industrieklebstoffe gelegt - ein schlüsselfertiger Bauauftrag für Riebel im Wert von knapp 8 Mio. Euro.

Für einen Auftragswert von über 40 Mio. Euro baut Riebel für 1.400 Schüler schlüsselfertig die neue Kolping-Berufsschule in München - eine Riebel-eigene Projektentwicklung, an der nahezu alle Sparten von Riebel beteiligt sind. Zusammen mit weiteren „Rückgrat-aufträgen“ und vielen kleineren Bauaufgaben summiert sich der aktuelle Bestand auf gut 85 Mio. Euro.

Überzeugend durch Qualität und Know-how

„Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer vielseitigen Baufirmen zu erhalten, müssen wir immer wieder nach anspruchsvollen Bauaufgaben suchen und durch Know-how, Qualität und Termintreue überzeugen“, so die Verantwortlichen. Mit Geschick und Glück sei es gelungen, neue Bauaufgaben zu finden, bei denen sie ihre Leistungsfähigkeit entfalten und deshalb mit besseren Ergebnissen rechnen könne. „Möglicherweise werden sogar durch äußere und innere Verhältnisse unsere Bemühungen belohnt, wertvolle Arbeitsplätze mit tüchtigen und umsichtigen Menschen zu halten“, gibt sich Riebel zuversichtlich.



v. l. Dr. Günther Beckstein, CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann, MdB Stefan Müller und Alt-Landrat Franz Krug (im Hintergrund der ehem. MdL Dr. Christoph Maier). Foto: pmw

60 Jahre CSU in Höchststadt a. d. Aisch:

Kommunalpolitiker mit Weitsicht

Höchststadt a.d. Aisch (pmw). Mit der Gründung am 8. Oktober 1945 zählt der Ortsverband zu den ältesten im Freistaat. „Erfolgreiche Politik für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Höchststadt und ihrer Ortsteile“, so ist die Broschüre zum 60. Geburtstag des CSU-Ortsverbandes im Landkreis Erlangen/Höchststadt überschrieben.

Michael Mirschberger, der für die Vorstandschaft durch die Festveranstaltung führte, bezeichnete sich selbst als Angehöriger der Enkelgeneration, die „stolz ist auf die Leistungen der früheren Generationen“.

Dass in den vergangenen 60 Jahren aus einem „verträumten Kleinstädtchen“ eine innovative regionale Metropole wurde, sei nicht nur den Kommunalpolitikern der CSU zu verdanken, sondern allen Mitgliedern, den ungezählten Helfern und der Unterstützung durch die Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dabei hätten die Höchststädter auch viele Fürsprecher gehabt und bei den Mandatsträgern in Bund und Land stets ein offenes Ohr gefunden.

So könne Höchststadt heute beispielhafte Einrichtungen vorweisen, die unter den Altbürgermeistern Anton Schell und Bernd Bergmann und mit tatkräftiger Unterstützung des Höchststädter Altlandrats Franz Krug entstanden sind: Neue Grundschule, neue Realschule und ein Gymnasium, die Fachakademie und die Aischthalle, das neue Domizil für die Feuerwehr und das Kreis-Krankenhaus, sowie das Wellenfreibad und das Eisstadion, welche weit über die Grenzen des Landkreises hinaus Zuspruch fänden.

Politische Leitplanken

Festredner war der Staatsminister des Innern, Dr. Günther Beckstein: „Die Geschichte der Partei verlangt es, sich mit der Geschichte insgesamt auseinanderzusetzen“. So sei es der CSU zu verdanken, dass die Gegensätze zwischen Katholiken und Protestanten weitgehend überwunden sind, und die CSU habe die Leitplanken für die Zukunft in Deutschland gesetzt.

Beispielhaft nannte Beckstein das Bekenntnis zum Westen, das Durchsetzen der Sozialen Marktwirtschaft gegen den Sozialismus, die Wiedervereinigung des deutschen Vaterlandes und die Schaffung der Europäischen Union als Friedensgemeinschaft. „Letztere muss sich jetzt als solche neu definieren, die EU darf nicht zu einem bürokratischen Monster werden.“

Als Grundlage für einen gesunden Staat bezeichnete Beckstein gesunde Kommunalfinanzen. Er werde sich auch künftig dafür einsetzen, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden eine solide und zuverlässige finanzielle Grundlage bekommen.

Für CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann ist keine andere Partei derart in der Bevölkerung verwurzelt, wie die Christlich-Soziale Union. Er bewunderte den Mut der Gründergeneration, die so kurz nach Ende des Krieges mit anpackte und den Wiederaufbau auch politisch mit-

gestaltete. Die Kontinuität der Erfolge sei nur durch das großartige Engagement der Mitglieder und Freunde der CSU zu erzielen gewesen.

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Von rechts: Claudia Tausend (SPD-Stadträtin), Fürst Albert II und Dieter Thalhammer (OB Freising).

Oktoberfest in Monaco:

Mit vier PS durch Monte Carlo

Monte Carlo von Polizeistreifen gesperrt. Was sonst nur für die Formel 1 möglich schien, galt zur Eröffnung des 1. Oktoberfestes in Monte Carlo für ein Gefährt der besonderen Art: Das Weihenstephan-Brauereigespann, gezogen von vier stattlichen Kaltblütern aus dem bayerischen Haupt- und Landgestüt Schwaiganger, legte in Monte Carlo für zwei Stunden den Verkehr lahm.

Da staunten die Monegassen, als sie Dior, Shogun, Schwadron und Dickkopf glockenläutend mit einer bayerischen Blaskapelle auf dem festlich geschmückten Weihenstephan-Brauereiwagen durch Monte Carlos Straßen ziehen sahen. Nach 13 Stunden Anreise und einer Nacht im Hippodrom von Cagnes sur Mer legten sich die vier Hengste auf der steilen Anfahrt zum Fürstenpalast so richtig ins Zeug und avancierten so schon im Vorfeld der Eröffnung zu den Stars des Festes.

Am Abend zogen dann Dr. Schröder (der Direktor der Brauerei Weihenstephan) mit den Ehrengästen wie Ministerialdirektor Ulrich Wilhelm (Amtschef

des bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst) Dieter Thalhammer (OB von Freising) und Claudia Tausend (SPD-Stadträtin und offizielle Vertretung von OB Christian Ude) auf der festlich geschmückten Kutsche auf dem Carré d'Or ein, wo sie bereits von Fürst Albert II erwartet wurden.

Für die richtige Stimmung bei der Eröffnung sorgten Trachtengruppen aus Bayern und Monaco sowie echte bayerische Blasmusik. Nach meisterhaften zwei Schlägen, ausgeführt von Freisingers OB Dieter Thalhammer, hieß es dann am 21. Oktober in Monte-Carlo: o'zapft is! ☺

Eine Idee kommt an:

Kompetenz zum Frühstück

Am Frühstückstisch informierte die VR-Bank eG Schweinfurt Land gemeinsam mit Union Investment über neue Wege der kommunalen Kapitalanlage und der DZ BANK über neue und interessante Ansätze für öffentliche Investitionen (Public Private Partnership).

Kommunen und Investmentfonds - diese Kombination klingt in den Ohren vieler Kämmerer bislang noch etwas ungewöhnlich. Dabei passt sie eigentlich sehr gut zusammen. Die VR-Bank eG Schweinfurt Land startete daher in diesen Wochen eine Offensive und informierte die kommunalen Vertreter ihrer Region über ein speziell auf institutionelle Kunden zugeschnittenes Produkt für kommunale Geldanlagen: den InstitutionalBalance-Plus. In anderen Regionen hat sich der zwanglose Informationsaustausch am Frühstückstisch bereits bestens bewährt. „Denn auch Bürgermeister frühstücken gern.“

Unternehmen und Körperschaften verschenken bares Geld

Egal ob öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Städte und Gemeinden oder auch kommunale Versorger - ihnen allen ist gemein, dass sie nach Möglichkeit Rücklagen bilden, diese aber meist nicht besonders ertragreich anlegen. „Das Vermögen der Kommunen liegt oft auf Festgeld- oder Tagesgeldkonten, weil attraktive Anlagealternativen noch wenig bekannt sind. Und so verschenken die Kommunen Jahr für Jahr bares Geld“, erklärt der Vorstandsvorsitzende der VR-Bank eG Schweinfurt Land Gerhard Hefner.

Doch gerade auch für kommunale Geldanlagen lohnt es sich, auf Investmentfonds zu setzen. Bei den Entscheidungsträgern von Kommunen in ihrer Kapitalanlage einen Umdenkungsprozess einzuleiten - dieses Ziel hat sich die Bank auf die Fahnen geschrieben und entschloss sich, 18 Verwaltungschefs, Geschäftsführer und Kämmerer der Region zum ersten Bürgermeister-FrühstücksForum einzuladen.

Erstes Bürgermeister-FrühstücksForum

Die Resonanz für diese ungewöhnliche Veranstaltung war

Freie Wähler Unterfranken:

Kommunen nicht unterbuttern!

Anlässlich einer Delegiertenversammlung der Freien Wähler in Unterfranken warnte der Bundesvorsitzende der Freien Wähler Deutschlands, Landrat Armin Grein: „Bei den Koalitionsverhandlungen dürfen keine Sparmaßnahmen vereinbart werden, die zu Lasten der Kommunen gehen.“

Der Äußerung von Franz Müntefering, wonach die in diesem Jahr um acht bis zehn Prozent wachsenden Steuereinnahmen der Gemeinden für Investitionen verwendet werden könnten, um das Wirtschaftswachstum weiter anzukurbeln, widersprach der FW-Bundesvorsitzende. „Die Ausgaben für Hartz IV haben sich nicht nur für den Bund verdoppelt, sondern auch für die Kommunen, die die Unterkunftskosten für die Arbeitslosen tragen müssen. Die Steuermehreinnahmen, die die Gemeinden für 2005 erwarten können, gleichen die Mehrausgaben in keiner Weise aus“, so Grein.

Riesiges Finanzloch

Der Vorsitzende verwies darauf, dass in den kommunalen Kassen in diesem Jahr ein Loch

groß und die Räumlichkeiten entsprechend gefüllt. „Wir haben unsere umfassende Kompetenz präsentiert und unseren Gästen alternative Möglichkeiten der kommunalen Geldanlage sowie neue und interessante Ansätze für öffentliche Investitionen vorgestellt“, so Gerhard Hefner.

Zunächst referierte Jörg Förster von der DZ BANK Nürnberg zum Thema Public Private Partnership (PPP) als umfassenden Beschaffungsansatz bei bestmöglicher Risikoverteilung. So wird unter PPP im Baubereich im Allgemeinen eine vertraglich geregelte, entgeltliche Zusammenarbeit zwischen einem öffentlichen Auftraggeber und einem privaten Partner über einen langen Zeitraum im Lebenszyklus eines Bauwerks verstanden. Dabei gilt der Grundsatz einer optimalen Risikoverteilung: Die mit dem Bau und dem Betrieb einer Bauinvestition verbundenen Projektrisiken werden von demjenigen Vertragspartner übernommen, der diese effizienter handhaben und tragen kann.

Kapitalerhalt gewährleistet

Ebenfalls Unterstützung erhielt die Bank von Marcus Severin von Union Investment, der den wertgesicherten Mischfonds InstitutionalBalance-Plus aus der vielfältigen Produktpalette seines Hauses vorstellte. Der InstitutionalBalance-Plus gewährleistet Kapitalerhalt auf Kalenderjahresbasis und entspricht bei jederzeitiger Verfügbarkeit auch den gesetzlichen Anforderungen an eine kommunale Kapitalanlage wie dem Paragraph 21, Abs. 1 KommHV. Ein Kriterium, das für Finanzverantwortliche in Kommunen sehr entscheidend ist. Zudem bietet der Fonds höhere Ertragschancen als bei Termingeldern. In den vergangenen drei - durchaus schwierigen - Kapitalmarktjahren konnte der InstitutionalBalance-Plus jeweils über vier Prozent Rendite erwirtschaften. Das waren immerhin pro Jahr zwei Prozent mehr, als man am Geldmarkt hätte erzie-

len können. Mit eindrucksvollen 13 Prozent Rendite seit seiner Auflegung (per 30.07.2005) zeigt sich also, wie sich auch mit wenig Risiko beachtliche Erträge erzielen lassen.

„Auch mal eingetretene Pfade verlassen“

„Insbesondere beim Thema Geldanlagen für Kommunen hört man häufig, dass kein Geld vorhanden sei und es daher keinen Sinn mache, diese Zielgruppe überhaupt anzusprechen. Doch diese Veranstaltung zeigt, dass es sich offenbar lohnt, auch mal eingetretene Pfade zu verlassen“, so der Eindruck von Gerhard Hefner. Und so konnten die Anwesenden in der anschließenden Diskussion ausgiebig die Gelegenheit nutzen, ihre Fragen zu stellen.

Ein Problemfeld beschäftigte dabei die Mehrheit der Beteiligten: Einerseits sind die Kommunen auf eine ertragreiche Vermögensanlage angewiesen, andererseits dürfen sie aber die Anlagensicherheit nicht gefährden. „Mit dem InstitutionalBalance-Plus ist es gelungen, sich konkret an den Zielen von Kommunen auszurichten und ihren besonderen Anforderungen gerecht zu werden. Schließlich legt das Anlagekonzept besonderes Augenmerk auf den Aspekt der Sicherheit und beachtet sogar auch die strengen Anlagerestriktionen der Gemeindehaushaltsverordnungen“, erklärt Severin. „Zugleich gelingt es diesem Fonds, bei kontrolliertem Risiko auch noch angemessene, regelmäßige und gut kalkulierbare Erträge zu erzielen. Und schließlich können die Fondsanteile börsentäglich verkauft werden, so dass sich Liquiditätsvorgaben ebenso leicht erfüllen lassen.“

Forum mit Zukunft

Am Ende der Veranstaltung kam es beim geselligen Weißwurstfrühstück mit vielen der anwesenden Gäste bereits zu ernsthaften Gesprächen. Nach dem großen Erfolg dieses Treffens steht für Gerhard Hefner bereits fest, dass das Bürgermeister-FrühstücksForum Zukunft hat. „Denn erst aufgrund des Wissens um alternative Anlageformen und ganz speziell um die Stärken des InstitutionalBalance-Plus kann sich ein Umdenkungsprozess der Entscheidungsträger von Kommunen bei ihrer Kapitalanlage einstellen“, so das Fazit eines zufriedenen Gerhard Hefner.

Stephanie Senff-Gerstein

wieder ein wenig Spielraum für kommunale Investitionen, die gerade für die mittelständische Wirtschaft so wichtig seien.

„Muttererde“ der Demokratie

Grein forderte den designierten Superminister Stoiber auf, kommunale Belange bei der Behandlung der aus dem Ruder gelaufenen Ausgaben für Hartz IV nicht zu vergessen. „Wir dürfen unsere Kommunen nicht handlungsunfähig zurücklassen! Das muss sich die neue Bundesregierung ins Stammbuch schreiben“ unterstrich der FW-Bundesvorsitzende. „Auch eine große Koalition muss einsehen, dass der kommunale Selbstverwaltungsbereich die ‚Muttererde‘ unserer Demokratie darstellt. Die darauf wachsenden Pflänzchen müssen wir hegen und pflegen“, meinte Grein, der die Freien Wähler als Anwalt der Kommunen bezeichnete. DK

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wie soll aus einer Generation von TV-kids und X-Box-Spielern ein Volk von Leseratten werden, wenn unsere Büchereien nur mehr alte Schinken im Angebot haben?“ Mein Chef, der Bürgermeister, las meinen auf-rüttelnden Einleitungssatz für einen Bettelbrief in Sachen Bibliothek.

Wieder einmal geht es um das liebe Geld, das keiner hat, aber jeder braucht. Genauer um die Kürzungen bei den Zuschüssen für die Bibliotheken. Denn natürlich können die nicht ausgenommen werden, wenn an allen Ecken und Enden gespart werden muss. Klar auch, dass die Kommunen nicht das kompensieren können, was der Staat nicht mehr leisten kann.

Im Bibliotheksbereich ist das alles sehr misslich, denn die Leseparadiese für jedermann müssen mit der Zeit gehen: Sie müssen ihre Be-



be ich mich mal umgehört, was in der Bibliothekslandschaft so an Ideen rumgeistert. Ergebnis: Wenn irgendwo aus der finanziellen Not die so oft beschworene Tugend gemacht wird, dann bei den Bibliotheken! Die interessantesten habe ich auch meinem Bürgermeister vorgeschlagen. Zum Beispiel die Idee der Buchpaten. Die Bürger - und vor allem auch die Nutzer der Stadtbibliothek - werden aufgefordert, ein neues Buch zu kaufen und es der Bibliothek zu schenken. Sie bekommen dafür eine Spendenquittung, den Hinweis „Dieses Buch wurde gespendet von“ quasi als ex libris und dazu das Recht der ersten Lektüre. Damit soll gerade bei „angesagten“ Büchern ein Anreiz geschaffen werden, diese nicht im heimischen Bücherschrank in der zweiten Reihe einstauben zu lassen, sondern vielen zugänglich zu machen. Außerdem will ich einen Bibliotheksverbund mit anderen Bibliotheken im Landkreis initiieren, damit nicht jede Bücherei jedes Buch für sich bestellen muss, sondern Titel auch mal von Bücherei zu Bücherei wandern können. Dann möchte ich, dass die Leute am heimischen Computer online feststellen können, ob ein Buch gerade verfügbar ist und es sich dann reservieren lassen können - Abholung binnen 24 Stunden. Oder es sich schicken lassen. Damit will ich Leute wieder an die städtische Bücherei heranführen, die abgesprungen sind, weil wir Zweigstellen schließen und den Bücherbus auslaufen lassen mussten. Dann schwebt mir eine organisatorische Vernetzung der Stadt - mit der Krankenhaus- und den Schulbibliotheken vor und und und.

Mein Chef, der Bürgermeister, war über meine Vorschläge erfreut als über die flapsige Einleitung des Bettelbriefes. Aber er will das Projekt in meiner Hand lassen. Mal sehen, was daraus wird, damit weiterhin alle die Möglichkeit haben zu tun, was Goethe auf dem heutigen Kalenderblatt empfiehlt: „Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen und, wenn möglich, einige vernünftige Worte sprechen.“

Rettet die Bibliotheken!

stände dringend ergänzen und umstrukturieren, denn der Lesergeschmack ist mehr als je zuvor Moden unterworfen. Man denke nur an die Harry-Potter-Hysterie, die dem Buchhandel im wahrsten Sinne des Wortes zauberhafte Umsätze beschert. Außerdem brechen sich neue Formen der Literaturlieferung immer mehr Bahn. Hörbücher sind heutzutage ja fast schon Standard, in Zukunft dürften noch alle möglichen Arten der Digitalisierung dazu kommen, die einerseits ein gewisses Maß an Investitionen, vor allem aber eine gehörige Portion Innovationswillen voraussetzen - der unter Bibliothekaren nicht gerade epidemisch verbreitet ist.

Deshalb hat mich mein Chef gebeten, mir mal Gedanken zu machen, wie einerseits mehr Geld aufgetrieben, andererseits auch mehr Begeisterung bei den Leuten für die Institution öffentliche Bibliothek geweckt werden könnte. Keine leichte Aufgabe, denn alle klassischen Instrumente wie Förderverein, Freundeskreis, Leseevents, Tage der offenen Tür und was es sonst noch so gibt, haben wir schon alles durchdekliniert.

Also war Kreativität gefragt. Und da man das Rad nicht immer wieder neu erfinden muss, ha-

the Sabrina

10 Jahre Regionalpartnerschaft Mittelfranken - Limousin

Triesdorf (wefa) - Mit einem Festakt in der ehemaligen markgräflichen Reithalle in Triesdorf (Landkreis Ansbach) sind die dreitägigen Feierlichkeiten anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Regionalpartnerschaft zwischen Mittelfranken und der französischen Region Limousin zu Ende gegangen. Mit 350 Gästen aus dem Nachbarland feierte Bayerns Europaminister Eberhard Sinner die Jumelage.

Die freundschaftlichen Bande zum Limousin gehen schon auf die siebziger Jahre zurück. Zuerst unterschrieb der Bezirk Mittelfranken eine Partnerschaftsurkunde mit dem Departement Haute-Vienne (1981), dann mit Creuse (1989) und schließlich 1994 mit der Correze. Als alle drei Departements im Boot waren, besiegelten 1995 beide Seiten auf der Nürnberger Kaiserburg die Regionalpartnerschaft.

Die offizielle Partnerschaft ist keine Freundschaft der Offiziellen geblieben. In 25 Jahren hat es rund 2500 Begegnungen mit 75000 Teilnehmern gegeben. Das

sind aber nur die offiziell erfassten Zahlen, tatsächlich dürften es noch viel mehr gewesen sein. Inzwischen sind 28 mittelfränkische Gemeinden und Städte Regionalpartnerschaften mit Kommunen im Limousin eingegangen, dazu gibt es mehrere dutzend Vereins- und Schulpartnerschaften.

Auch in der Not unterstützen sich Deutsche und Franzosen gegenseitig. Beispielsweise halfen die Mittelfranken bei der großen Sturmkatastrophe im Jahr 2000 im Limousin. Auf Initiative der Region Limousin entstand sogar eine tri-regionale Partnerschaft mit der polni-

schen Woiwodschaft Pommern.

Im Rahmen des Festakts wurde Robert Savy, der ehemalige Präsident des Regionalparlaments Limousin, mit der Bezirksmedaille ausgezeichnet. Bezirkspräsident Richard Bartsch nannte als Motoren der Regionalpartnerschaft seinen Vor-Vorgänger Georg Holzbauer und dessen Mitarbeiter Helmut Meister, aber auch Josef Klein (Bad Windsheim), den langjährigen Vorsitzenden der Europa-Union Mittelfranken. „Nur wer sich gegenseitig kennt, kann auch die Vorzüge, Eigenheiten und Probleme des anderen verstehen“, sagte Bartsch und würdigte die Regionalpartnerschaft als ein wichtiges Instrument zum Erhalt des Friedens zwischen den alten und neuen Nationen der EU. Die Kommunalpolitiker forderte er auf, den europäischen Einigungsprozess ständig zu erneuern und zu vertiefen.

Jean-Paul Denanot, der Präsident des Regionalrats der Region Limousin, bekräftigte den Willen der Franzosen, das Einigungswerk fortzusetzen und den Dialog mit Mittelfranken zu stärken. Die Herzlichkeit, mit der sich heute die Menschen diesseits und jenseits des Rheins begegnen, hob Ehren-Berzirkspräsident Gerd Lohwasser (Erlangen) hervor. Während ihres mehrtägigen Aufenthalts in Mittelfranken feierten die Franzosen im Fränkischen Freilandmuseum und diskutierten in Fürth über die Zukunft der Partnerschaft. Sie besichtigten dort auch das „Limousin-Haus“.



Bezirkspräsident Richard Bartsch (rechts) und sein Stellvertreter Alexander Küsswetter (links) sowie Ehren-Berzirkspräsident Gerd Lohwasser überreichen Präsident Jean-Paul Denanot (2. von links) ein Partnerschaftsposter. Foto: Falk

Münchner Aktionstag zur Daseinsvorsorge:

„Wir sorgen uns um Ihre Zukunft“

Städtische Betriebe und Einrichtungen präsentierten zusammen mit den Stadtwerken und ver.di auf dem Münchner Marienplatz ihr breites Angebot an kommunalen Dienstleistungen. Ziel des Aktionstages war es, den Bürgern und Bürgerinnen die vielfältigen Leistungen nahezubringen, die von der Stadt zu gutem Service und fairen Preisen erbracht werden.

Wie Schirmherr Oberbürgermeister Christian Ude in einem Grußwort betonte, gebe es, vor allem auch auf europäischer Ebene, starke Bestrebungen, kommunale Dienstleistungen einem Zwang zur Privatisierung zu unterwerfen.

Privatisierung ist kein Patentrezept

Dabei zeigten etwa die Erfahrungen im britischen Transportwesen oder auf dem französischen Wassermarkt, „dass Privatisierung mitnichten ein Patentrezept ist - gerade im Vergleich mit unserem quellfrischen Trinkwasser und dem Münchner Nahverkehr, der zu den besten der Welt zählt“. Das Recht der Städte, selbst darüber zu entscheiden, welche Leistungen sie im Rahmen der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringen wollen, müsse deshalb erhalten bleiben.

Klare Botschaft

Dies ist auch die Botschaft, die Kommunalreferentin Gabri-

ele Friderich mit dem Aktionstag verbreiten wollte. Zwar habe die Liberalisierung der Telekommunikation unbestreitbar Vorteile für die Verbraucher gebracht, doch gebe es auch das Gegenbeispiel des Energiemarktes mit seinen nur vorübergehenden Preissenkungen. Eine nur an Marktinteressen und an freiem Wettbewerb orientierte Politik vernachlässige andere - nichtmonetäre - Ziele, etwa die hoher ökologischer Standards.

„Leistungserbringer“

Zu den vorgenannten „Leistungserbringern“ in der Landeshauptstadt zählen die Stadtwerke (SWM), die eine sichere und ressourcenschonende Versorgung mit Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme) und naturbelassenem Trinkwasser garantieren. Die Verkehrstochter MVG ist verantwortlich für U-Bahn, Bus und Tram und damit ein wesentlicher Pfeiler im Münchner öffentlichen Nahverkehr. Darüber hinaus betreiben die SWM mit 17 Hallen- und Freizeitbädern eine der mo-

dernten Bäderlandschaften in Deutschland.

Die Städtische Klinikum München GmbH wiederum ist aus der Fusion der vier städtischen Krankenhäuser Bogenhausen, Neuperlach, Harlaching und Schwabing, der dermatologischen Fachklinik Thalkirchner Straße, dem Blutspendedienst, dem Institut für Pflegeberufe und der städtischen Zentralwäscherei am 1. Januar 2005 entstanden. Damit hat die Landeshauptstadt ein leistungsfähiges Gesundheitsunternehmen geschaffen, das Patientinnen und Patienten aus Stadt und Region die komplette Versorgung bietet.

Abfallwirtschaftsbetrieb

Auch der Abfallwirtschaftsbetrieb München präsentierte sich im Herzen Münchens: Er entsorgt Abfälle von Münchner Haushalten und Gewerbebetrieben und steht für eine geordnete Entsorgung aller Abfälle und die ökologische Verwertung von Wertstoffen. Die Großmarkthalle mit ihren angeschlossenen Märkten wiederum versorgt den Bürger täglich mit frischen Lebensmitteln in bester Qualität.

Weit gespannter Bogen städtischen Bauens

Der Bogen des städtischen Bauens ist weit gespannt, wie im Rahmen des Aktionstages zu erfahren war. Er umfasst u. a. Schulen, Museen, Theater, Kindergärten, Spielplätze, Grünanlagen, Plätze, Straßen, Brücken, Tunnel und U-Bahnhöfe. All

dies muss geplant, gebaut und unterhalten werden. Um diese Aufgabenvielfalt kümmert sich das Baureferat als Projektmanager. Der größte Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist im Betrieb und Unterhalt städtischer Gebäude und Anlagen tätig, wie Verkehrsbauwerke und Wasserflächen, stadteigene Gebäude mit ihren technischen Anlagen, Energiemanagement, Straßenbeleuchtung und Anlagen zur Verkehrsregelung sowie öffentliche Grün- und Freizeitanlagen. Das Baureferat erbringt aber auch wichtige Serviceaufgaben wie Straßenreinigung und Winterdienst.

Stadtentwässerung und Forstverwaltung

Die Münchner Stadtentwässerung ist für die Ableitung und Reinigung von Abwässern sowie die Klärschlammbehandlung und -beseitigung zuständig. Die Forstverwaltung pflegt die grünen Lungen Münchens zum Schutz und zur Entwicklung von stabilen Waldökosystemen und des Trinkwassers auf ökologisch ausgerichtete Art und Weise.

Die Immobilienwirtschaft des Kommunalreferates schafft mit weitsichtiger Grundstückspolitik zukünftige Ressourcen und sichert bezahlbaren Wohnraum und Gewerbeflächen. Die Friedhofsverwaltung kümmert sich um würdige Begräbnisplätze; der städtische Bestattungsdienst erfüllt den letzten Willen des Verstorbenen und die Wünsche der Angehörigen.

Fatale Folgen

Ver.di und der Bund Naturschutz beantworteten schließlich alle Fragen rund ums Wasser, vom Wasserverbrauch bis zum Wassersparen. Sie zeigten die fatalen Folgen einer Privatisierung der Trinkwasserversorgung auf. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des Beck-Verlags München bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Landkreise Altötting und Mühldorf:

Ziehen an einem Strang

Durch eine verstärkte Kooperation der Landkreise Altötting und Mühldorf wollen Landrat Erwin Schneider und sein Kollege Georg Huber die Entwicklung zukunftsweisender wirtschaftlicher Strukturen durch ein gemeinsames Vorgehen unterstützen. Dieses Ziel haben die beiden Landräte schriftlich in einer Kooperationsvereinbarung fixiert.

So werden die Landkreise zukünftig ihre Planungen in der Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung abstimmen, gemeinsame Ziele definieren und für deren Umsetzung sorgen. „Von der Kooperationsvereinbarung soll ein starker Impuls für die Entwicklung unserer Region, das heißt der beiden Landkreise Altötting und Mühldorf ausgehen. Wir wollen ein Zeichen der Geschlossenheit für die Stärkung unserer Wirtschaftskraft setzen“, so die beiden Landkreischefs.

Themengebiete

Die Kooperationsvereinbarung erstreckt sich auf die Themengebiete Weiterentwicklung einer vielseitigen und zukunftsorientierten Wirtschaftsstruktur, Standortentwicklung in den Bereichen Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung, Kultur und Tourismus, soziale Netzwerke, Förderung der Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, Förderung der Zusammenarbeit im Bankbereich zur Unterstützung der heimischen Wirtschaft, Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region durch Bestandspflege bestehender Unternehmen und Neuansiedlung/Expansion von Betrieben, Entwicklung von betrieblichen Kooperationsnetz-

werken, Förderung von Technologietransfer und Clusterbildung, überregionale Kooperation mit Dritten im Bereich der Wirtschaftsförderung sowie Öffentlichkeitsarbeit für die Region.

Die beiden Landkreise werden gemeinsam konkrete Projekte insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung entwickeln und umsetzen. Darüber hinaus werden sie das Kommunale Wirtschaftsinformationssystem KWIS gemeinsam betreiben, um eine gemeinsame Grundlage für eine regionale Wirtschaftsförderung zu schaffen. Regelmäßige Gespräche auf Arbeitsebene sollen den kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen den Landkreisen sicherstellen.

„Wir stehen aufgrund der Entwicklung der Europäischen Union, der Auswirkungen der Globalisierung und dem damit verbundenen Strukturwandel vor einer großen Herausforderung. Gleichzeitig haben wir eine gute wirtschaftliche Ausgangsposition. Motivierte Arbeitskräfte, günstige Bodenpreise, ein gesunder Mittelstand und international aufgestellte Betriebe machen unseren Standort attraktiv. Um diese Vorteile noch stärker zu nutzen, werden wir in Zukunft abgestimmt vorangehen“, so die beiden Kommunalpolitiker abschließend. **DK**

Vorschau auf GZ 22

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 22, die am 17. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Fremdenverkehr in Bayern
- Sicherheitstechnik • Brand- und Katastrophenschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 • Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160
Fax 07151-995166
info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen



Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlergeräte

FUNERALIA GmbH • 97078 Würzburg
☎ 09 31/29903-0 • Fax 09 31/29903-15
e-Mail: funeralia@t-online.de • www.funeralia.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende



Kommunale Software

adKOMM
IT-Lösungen
Innovative Technologien für Ihr
kommunales Informationsmanagement
Stadtweg 14 • 85134 Stammham
Tel.: 084 06/92 86 210 • Fax: 084 06/92 86 310
Poststollen@adKOMM.de
www.mehr-als-verwalten.de

Papierkörbe

IUT der Umwelt zuliebe
Dingeltruper Straße 48 • 27780 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 4431/738323 • Telefax: +49 (0) 4431/738324
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger
Fax: [02773] 82218 • Telefon: [02773] 82256 + 82263

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

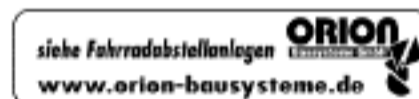
KOMPAN
Unique Playgrounds
KOMPAN GmbH
Raffineriestraße 11 • 24941 Flensburg
Tel.: +49 (0) 77306-0 • Fax: +49 (0) 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.KOMPAN.com

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co.
Bgm.-KnoI-Straße 26 • D-82245 Kümmerbrunn/Amberg
Tel.: +49 (0) 9621/7685-0 • Fax: +49 (0) 9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wasserzähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ambach
Tel.: 09 81/18 06 • 601 • Fax: 09 81/18 06 • 615
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung
vertragshandel für
Jelitto Star
weihnachtsbeleuchtung
- fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 0911/69 39 65
telefax 0911/69 59 63
email: deko-jochum@t-online.de
Internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79857 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 4122 52